

Stenografischer Bericht

39. Sitzung des Landtages Steiermark

XV. Gesetzgebungsperiode – 2. September 2008

Personelles:

Entschuldigt: Landesrat Ing. Wegscheider, LTAbg. Hammerl, LTAbg. Karl Lackner, LTAbg. Lechner-Sonnek, LTAbg. DDr. Schöpfer, LTAbg. Dr. Schröck.

Inhalt:

1. Einl.Zahl **2064/3** Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung, Schule, Kinderbetreuung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Betreff: *Gesetz, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen/Kindergärtner und Erzieherinnen/Erzieher an Horten und Schülerheimen 2008 erlassen und das Steiermärkische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geändert wird*

Berichterstattung: LTAbg. Detlef Gruber (6001)

Wortmeldungen: Siehe Tagesordnungspunkt 2.

Beschlussfassung (6042).

2. Einl.Zahl **2224/9** Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung, Schule, Kinderbetreuung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird*

Berichterstattung: LTAbg. Kröpfl (6001).

Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2: LTAbg. Klimt-Weithaler (6001), LTAbg. Kröpfl (6005), LTAbg. Gödl (6010), LTAbg. Mag. Zitz (6017), LTAbg. Dr. Murgg (6022),

LTAbg. Detlef Gruber (6024), LTAbg. Mag. Drexler (6026), LTAbg. Breithuber (6030), LTAbg.

Mag. Zitz (6031), LTAbg. Schleich (6031), LTAbg. Gödl (6034), Landesrätin Dr. Vollath (6035),

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (6039).

Beschlussfassung (6042).

Beginn der Sitzung: 10.22 Uhr

Präsident: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute findet eine außerordentliche Tagung des Landtages Steiermark statt. Es ist dies die 39. Sitzung in der laufenden XV. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, an der Spitze unseren Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves sowie die Damen und Herren des Bundesrates. (*Allgemeiner Beifall*)

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind: Herr Landesrat Ing. Manfred Wegscheider, Herr Abgeordneter Gregor Hammerl, Herr Abgeordneter Karl Lackner, Frau Abgeordnete Klubobfrau Ingrid Lechner-Sonnek, Herr Abgeordneter DDr. Gerald Schöpfer und Frau Abgeordnete Mag. Dr. Martina Schröck.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nun zum Nachruf für die verstorbenen Abgeordneten LTAbg. a.D. Ökonomierat Josef Zinkanell und Bgm. a.D. Peter Stoppacher.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, zweier verdienter Mitglieder des Landtages Steiermark zu gedenken. Es sind dies Josef Zinkanell und Peter Stoppacher. Gestatten Sie mir daher, einiges aus deren Leben und politischem Wirken in Erinnerung zu rufen.

Am 13. August dieses Jahres verstarb im 92-igsten Lebensjahr Landtagsabgeordneter Ökonomierat Josef Zinkanell. Er wurde am 21. Jänner 1917 in Steyr, in Oberösterreich, geboren. Nach der Übersiedlung der Familie in die Obersteiermark absolvierte er die Volksschule in Möderbrugg, schon in dieser Zeit verdiente er sich ein bescheidenes Zubrot als „Futtererbub“, später als Jungknecht in einem landwirtschaftlichen Betrieb. Seine Schullaufbahn beendete der stets ehrgeizige Schüler in der landwirtschaftlichen Landeslehranstalt Bruck an der Mur mit Auszeichnung. In den Kriegsjahren musste auch Josef Zinkanell seinen Wehrdienst in Polen, Frankreich und Russland ableisten. Er erlitt als junger Soldat im Jahre 1943 eine schwere Kriegsverletzung. Unmittelbar nach seiner Genesung stellte er sich vorerst als Sekretär der Land- und Forstarbeitergewerkschaft in der Obersteiermark wieder in den Dienst der Landwirtschaft. Dieser Funktion folgte in den Jahren 1948 bis 1957 die Tätigkeit als Landessekretär der vergleichbaren Gewerkschaft in Salzburg. Aufgrund eines Berufswechsels übersiedelte er mit seiner Familie im Jahr 1958 in den Bezirk Deutschlandsberg und zwar nach Tobisegg – St. Josef, wo er liebevoll eine kleine Landwirtschaft betrieb und dort seine Heimat fand. Ab dem Jahr 1965 fungierte Josef Zinkanell als Bundesobmann-Stellvertreter des österreichischen Arbeiter-Bauernbundes. Zusätzlich zu seinem Berufsleben engagierte sich Josef

Auf kommunalpolitischer Ebene bekleidete er zahlreiche Funktionen, daher möchte ich nur einige hervorheben: Er war in der Zeit von 1957 bis 1995 Gemeinderat und ab dem Jahre 1965 Bürgermeister der Marktgemeinde Anger, das blieb er 30 Jahre lang. In den Jahren 1975 bis 1981 wurde er vom Landtag Steiermark in den Bundesrat entsandt.

Peter Stoppacher wurde am 21. Oktober 1981 als Abgeordneter unseres Hauses angelobt und verblieb 1 Periode im Landtag Steiermark. In dieser Zeit hatte er eine Reihe von wichtigen Funktionen inne, u.a. war er Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Umweltschutz, wie auch im Sozialausschuss. Für seine großen Verdienste rund um seine Heimat verlieh im das Land Steiermark 1995 das Große Goldene Ehrenzeichen. Gleichzeitig war er während dieser gesamten Zeit in zahlreichen Organisationen und Institutionen aktiv tätig.

Peter Stoppacher war Steirer mit Herz und Seele - er war ein steter Kämpfer für christlich-soziale Werte und verteidigte diese stets mit wortgewandten Argumenten. Er war mit seiner Frau Josefa bis zu seinem Tod glücklich verheiratet und Vater von 6 Kindern. Seine Familie gab ihm stets halt und war sein ganzer Stolz.

Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich Josef Zinkanell und Peter Stoppacher für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark. Der Landtag Steiermark wird den Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich zur Bekanntgabe und Anfragebeantwortungen der Fragestunde komme, darf ich nur um Verständnis bitten, dass hier im Sitzungssaal des Landtages noch ein Gerüst steht. Aber hier im Landtag gibt es vom Dach herein an der Decke Schäden und auch an den Tapeten. Daher wird jetzt ein Probestreifen gemacht, wie das Ganze repariert, saniert werden kann und ich bitte daher um Verständnis, dass so viele unterschiedliche Farben hier aufgetaucht sind und noch nicht festgestellt werden konnte, wie man hier wirklich vorgehen wird. Deshalb musste dieses Gerüst hier stehen bleiben. Ich habe gemeint, wegen der Landtagssitzung die Firma dieses Gerüst abbauen zu lassen, ist doch nicht nötig und erforderlich.

Meine Damen und Herren, ich teile dem Hohen Haus mit, dass die 23 schriftlichen Beantwortungen der Anfragen aus der Fragestunde der Landtagssitzung vom 01. Juli 2008, die nicht mehr erledigt werden konnten, gem. § 69 Abs. 7 GeoLT 2005, eingebracht wurden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 7 schriftliche Anfragen u.z. 2 Anfragen der SPÖ, 4 Anfragen der KPÖ, 1 Anfrage der Grünen gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 an folgende Regierungsmitglieder eingebracht wurden: Landesrat Dr. Buchmann – 2 Anfragen, Landesrat Seitinger – 1 Anfrage, Landesrätin Dr. Vollath – 2 Anfragen und Landeshauptmann Mag. Voves – 2 Anfragen.

Weiters wurden 16 Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht und zwar jeweils von: Landesrat Dr. Buchmann – 2 Anfragebeantwortungen, Landesrat Mag. Hirt – 2 Anfragebeantwortungen, Landesrat Seitinger – 3 Anfragebeantwortungen, Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer – 1 Anfragebeantwortung, Landeshauptmann Mag. Voves – 3 Anfragebeantwortungen sowie Landesrat Ing. Wegscheider – 5 Anfragebeantwortungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten Walter Kröpfl, Ernst Gödl, Claudia Klimt-Weithaler, Mag.Dr. Martina Schröck, Detlef Gruber, Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, Wolfgang Böhmer, Werner Breithuber, Andrea Gessl-Ranftl, Barbara Gross, Monika Kaufmann, Gabriele Kolar, Klaus Konrad, Mag. Ursula Lackner, Ewald Persch, Karl Petinger, Erich Prattes, Günther Prutsch, Dr. Ilse Reinprecht, Mag. Gerhard Rupp, Franz Schleich, Siegfried Schrittwieser, Siegfried Tromaier, Markus Zelisko, Klaus Zenz, Johann Bacher, Walburga Beutl, Erwin Dimberger, Mag. Christopher Drexler, Bernhard Ederer, Dipl.Ing. Heinz Gach, Anton Gangl, Erwin Gruber, Eduard Hamedl, Gregor Hammerl, Manfred Kainz, Wolfgang Kasic, Karl Lackner, Elisabeth Leitner, Franz Majcen, Franz Riebenbauer, Peter Rieser, DDr. Gerald Schöpfer, Josef Straßberger, Peter Tschernko, Anne Marie Wicher, Dipl.Ing. Odo Wöhry, Ernest Kaltenecker, Ing. Renate Pacher, Ingrid Lechner-Sonnek, Lambert Schönleitner – 51 Abgeordnete namentlich – haben am 29. August 2008 beantragt, eine außerordentliche Tagung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß § 13 Abs. 5 des Landesverfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit § 40 Abs. 6 GeoLT 2005 ist der Präsident verpflichtet, den Landtag binnen 5 Tagen zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen, wenn dies wenigstens ein Fünftel der Mitglieder verlangt. Dieser Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages Steiermark. Aus diesem Grunde habe ich daher die heutige Sitzung einberufen.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tage um 9.30 Uhr der Ausschuss für Bildung über die

Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2064/1, betreffend Gesetz, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen/Kindergärtner und Erzieherinnen/Erzieher an Horten und Schülerheimen 2008 erlassen und das Steiermärkische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geändert wird

sowie über die

Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2224/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird, beraten und zu diesen Regierungsvorlagen die in den Schriftlichen Berichten, Einl.Zahl 2064/3 und Einl.Zahl 2224/9, enthaltenen Ausschussanträge gefasst hat.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die Berichte des Ausschusses für Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2064/1, und die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2224/1, als Tagesordnungspunkte auf die heutige außerordentliche Landtagssitzung aufzunehmen.

Ausschussberichte dürfen gem. § 43 Abs. 1 GeoLT 2005 in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Veröffentlichung stattfinden. Doch kann bei der Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hiervon abgesehen werden.

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT 2005 ist für die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes die Zustimmung der 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Abstandnahme von der 24-stündigen Veröffentlichungsfrist und über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes in einem abstimmen.

Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand, meine sehr verehrten Damen und Herren. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT 2005 über. Ich ersuche um Wortmeldungen gem. § 55 GeoLT 2005.

Bei den Tagesordnungspunkten 1 und 2 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese 2 Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme nun zum Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Tagesordnung.

1. Bericht des Ausschusses für Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2064/1, betreffend Gesetz, mit dem das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen/Kindergärtner und Erzieherinnen/Erzieher an Horten und Schülerheimen 2008 erlassen und das Steiermärkische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Detlef Gruber, ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Detlef Gruber (10.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Ausschuss für Bildung hat in seinen Sitzungen vom 6.5.2008 und vom 2.9.2008 über den oben soeben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Die Regierungsvorlage, mit dem die Gesetzesänderung durchgeführt werden soll, liegt vor und ich ersuche um Annahme. (10.40 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter für seinen Bericht und komme zu Punkt

2. Bericht des Ausschusses für Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2224/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Klubobmann Abgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Kröpfl (10.41 Uhr): Ich berichte über den Tagesordnungspunkt, Einl.Zahl 2224/1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz geändert wird.

Der Ausschuss für Bildung hat in seinen Sitzungen am 24.6. und am 2.9.2008 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der vom Ausschuss für Bildung, Schule, Kinderbetreuung, Wissenschaft, Forschung und Kultur am 24. Juni eingesetzte Unterausschuss „Kindergarten“ hat in 2 Sitzungen am 11. Juli und am 31. Juli über die Regierungsvorlage 2224/1 beraten und folgende Änderungen beschlossen:

Die Änderungen liegen Ihnen vor, verehrte Damen und Herren, sie wurden im Ausschuss einstimmig angenommen und daher ersuche ich um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag und zu diesem Antrag. (10.41 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Klubobmann für diesen Bericht.

Als Erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Ich erteile es ihr.

LTabg. Klimt-Weithaler (10.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Seit die KPÖ 2005 in den Steiermärkischen Landtag eingezogen ist, hat sie immer und immer wieder das Thema „Kinderbetreuung“ eingebracht. Sie können anhand des Archivs sehr gut nachvollziehen, dass es unzählige Anträge unserer Fraktion gibt, die sich mit dem Thema „Kinderbetreuung“ beschäftigen. Von der Forderung nach dem Ausbau von flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen, bis hin zur Forderung nach der Einführung von geschlechtssensibler Pädagogik, von der Forderung nach betrieblichen Einrichtungen bis hin zu kostenlosen Einrichtungen lauter KPÖ-Anträge, die entweder sofort abgelehnt wurden oder zwar angenommen, aber jedoch bis

dato nicht umgesetzt wurden. Wir haben das Thema auch in Form von 2 Dringlichen Anfragen, eine an Finanzlandesrat Dr. Buchmann, eine an Bildungslandesrätin Dr. Bettina Vollath eingebracht - leider auch ohne ein für uns positives Ergebnis. Die Wertschätzung des Themas „Kinderbetreuung“ schien sich bis dato eher im unteren Drittel zu befinden, wenn man das Ganze auf einer Skala betrachten möchte.

Heute jedoch beschäftigt sich der gesamte Steiermärkische Landtag damit. Und noch vor kurzem hätte ich persönlich es mir nicht träumen lassen, dass so etwas passiert. Bis vor kurzem war ja auch noch nicht ganz klar, dass es dem einen Koalitionspartner in der Bundesregierung „jetzt reicht“ und die Österreicher und Österreicherinnen vor Neuwahlen steht. Ja, wir haben Wahlkampfzeit. Und immer, wenn diese 5. Jahreszeit anbricht, wird unseren Regierern und Regiererinnen klar, dass es Eltern und Kinder gibt und es wird ihnen klar, dass Kinderbetreuungseinrichtungen gebraucht werden und das ja ein gar nicht so schlechtes Thema für die nächsten Wochen sein könnte. Jetzt muss ich natürlich zugeben, dass bei uns in der Steiermark das Thema Gratiskindergarten nicht erst im Juli 2008 „aus dem Ei geschlüpft ist“, denn auch in den Jahren davor hat man sich darüber unterhalten. Interessanterweise konnte ich aber dabei weder bei der SPÖ noch bei der ÖVP eine klare Linie erkennen. Damit Sie wissen, was ich damit meine, eine kleine Chronologie: Bei einer Diskussionsveranstaltung vor den Landtagswahlen 2005 in Gleisdorf sagte Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder – damals noch in ihrer Funktion als Finanzlandesrätin – einen Gratiskindergarten halte sie weder für gut, schließlich sei was nichts kostet, nichts wert und schon gar nicht für finanzierbar. Überraschenderweise gab es kurz danach von der damaligen Landeshauptfrau Waltraud Klasnic einen klaren Vorstoß in Richtung Gratiskindergarten. Ja, es war auch damals Wahlkampfzeit. Der KPÖ-Antrag im Jahr 2006, der zu dem beschlossenen kostenlosen letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt auch die Jahre davor gratis haben wollte, wurde von der ÖVP jedoch interessanter Weise wiederum abgelehnt. Allerdings 2008, also 2 Jahre später, zeigt Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, wie wichtig ihm kostenlose Kinderbetreuung ist und führt, finanziert durch das eigene Ressort, Modellprojekte ein. (*LTA*bg. Gödl: „Aber nicht ganz.“) Da drängt sich mir schon ein wenig die Frage auf: Weiß die ÖVP so ganz genau, was sie bei diesem Thema eigentlich haben will? Mir kommt dieses Hin und Her eher ein bisschen nach: „Ich häng die Fahne dort hin, wo der Wind weht“ vor.

Aber jetzt zur SPÖ: Der Powerplan im Landtagswahlkampf 2005 verspricht uns nicht nur „Alles anders, alles besser“ oder so ähnlich, er verspricht auch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Und wenn es laut diesem Plan nach der SPÖ geht, dann wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Zukunft überhaupt kein Problem mehr darstellen. Ja, wenn sie diesbezüglich alle ihre Versprechen bereits umgesetzt hätten oder zumindest einen Teil davon, schließlich ist die Legislaturperiode ja noch nicht ganz zu Ende, ja dann könnten sich sogar Länder wie Frankreich oder Finnland das berühmte „Stückchen runterschneiden“. Aber so weit hat es die

Sozialdemokratie eh nicht kommen lassen. KPÖ-Anträgen, die in diese Richtung gegangen sind, wurde nämlich meistens nicht zugestimmt. Zu groß war wohl die Angst, man könnte die schwarzen Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank ein wenig vergraulen. Das wohl beste Beispiel dafür ist die Regierungslage, über die wir heute abstimmen werden. Passiert ist sie wohl, weil man dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer das Thema nicht ganz überlassen wollte. Das ist ja noch nachvollziehbar. Was wir jedoch nicht nachvollziehen können, ist, dass die SPÖ ihre eigene Regierungsvorlage abändert, obwohl sie für die ursprüngliche eine Mehrheit mit der KPÖ und den Grünen hätte. Die Neuregelung der Kinderbetreuungsförderung in der Steiermark wurde in den Erläuterungen der ursprünglichen Regierungsvorlage mit dem Wunsch, folgende Ziele erreichen zu wollen, begründet:

1. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte verbessert werden,
2. die Vermittlung von umfassenden Basiskompetenzen, vor allem in der frühen sprachlichen Förderung sollte als Vorbereitung für den Schulbesuch ermöglicht werden und
3. eine größere Zahl von Kinderbetreuungsplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren sollte damit geschaffen werden.

Ein bisschen zaghaft und im Konjunktiv formuliert war auch die Hoffnung, dass die unentgeltliche flächendeckende Kinderbetreuung die Geburtenrate anheben könnte, was wir – wie Sie alle wissen – in der Steiermark dringend notwendig hätten. Die jetzt vorliegende Fassung allerdings unterläuft die ursprünglich proklamierten Ziele dadurch, dass sie die Betreuung der Unter-3-Jährigen vollkommen ausklammert. Berufstätige Eltern, darunter auch AlleinerzieherInnen benötigen Betreuungsangebote für Kinder im Kleinstkindalter, um die Bewältigung des Alltages zu schaffen. Genau in dieser Zeit, wenn Kinder zwischen 0 und 3 Jahre alt sind, läuft das Kinderbetreuungsgeld aus. In vielen Fällen ist das so, dass ein Elternteil – meistens die Mutter – nur sehr wenige Stunden beruflich beschäftigt ist, was das Familieneinkommen dadurch nicht gerade erhöht. In diesem Zeitraum verdienen die meisten Eltern so wenig wie nie zuvor und nie danach. Außerdem möchte ich auf einen kleinen frauenpolitischen Blick auf diese Tatsache werfen. Was heißt denn das, wenn man jetzt hergeht und in der Steiermark sagt, 3- bis 6-jährige Kinder sollen gratis betreut werden. Es ist legitim, dass sie in den Kindergarten gehen. Und alles was darunter ist, sollen sich die Eltern doch selbst organisieren. Bekanntermaßen haben Frankreich und Finnland mit dem gesetzlich garantierten Anspruch auf Kindertagesbetreuung in den ersten 3 Lebensjahren eine im europäischen Vergleich viel beachtete Vorreiterrolle eingenommen. Beiden Ländern ist gelungen, vor allem durch den Ausbau der Angebote für Kinderbetreuung die Geburtenrate zu steigern, die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern zu verringern und sowohl die allgemeine Frauenerwerbsquote als auch die so genannte Rückkehrerinnenquote, insbesondere im Vergleich mit Österreich, signifikant zu steigern. Österreich hat sich dem Ziel verpflichtet, bis 2010 eine Betreuungsquote von mehr als 33 % bei unter 3-jährigen Kindern zu erreichen. Ist der Zuwachs an Kinderkrippenplätzen in der Steiermark in den vergangenen

Jahren stetig abgeflacht und stagniert – also bei uns ist es so, dass der Zuwachs an Kinderkrippenplätzen in der Steiermark in den vergangenen Jahren stetig abgeflacht bzw. stagniert ist und das Zahlenmaterial kommt von der Statistik Austria im Bereich von 1000 Betreuungsplätzen. Vielleicht wäre es überhaupt sinnvoller gewesen, zuerst Geld in den Ausbau von Einrichtungen mit sozial gestaffelten Tarifen zu investieren und in einem 2. Schritt Gratisbetreuungseinrichtungen für alle Altersgruppen einzuführen. Aber so weit sind wir nicht. Die Einbindung der Kinderkrippen in diese Novellierung würde nach Auskunft der Beamten der zuständigen Fachabteilung im Unterausschuss zunächst Mehrkosten von 9 Millionen Euro verursachen. Das ist im Vergleich mit den Gesamtkosten eine niedrige Summe. Den wortreichen Ankündigungen der im Moment noch amtierenden Bundesregierung war ebenfalls zu entnehmen, dass den Ländern Geld für das viel diskutierte Gratiskindergartenjahr zur Verfügung gestellt werden soll. Diese Mittel wären im Verhandlungswege für kostenfreie Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren zu sichern. Ich weiß nicht mehr, wie oft ich es an dieser Stelle für meine Fraktion schon gesagt habe und es gut auch nichts zur Sache. Wir werden es immer und immer wieder sagen, weil wir anscheinend die Einzigen sind, die dieses Thema hier wirklich ernst nehmen. Wir brauchen in der Steiermark und in ganz Österreich ein flächendeckendes Kinderbetreuungsnetz mit qualitativ hochwertigen Einrichtungen. Diese müssen Öffnungszeiten haben, die sich mit der Berufstätigkeit der Eltern vereinbaren lassen. Erweiterte Öffnungszeiten dürfen allerdings nicht auf Kosten der Pädagogen und Pädagoginnen ausgetragen werden. Der Arbeit der Menschen mit Kindern von 0 bis 14 Jahren gebührt höchste Wertschätzung, die sich in deren Ausbildung und in deren Entlohnung widerspiegeln muss. Kinderbetreuungseinrichtungen von der Krippe bis zum Hort sind keine Aufbewahrungsstätten, sondern Bildungseinrichtungen und wie die Schulen sollten diese auch für die Eltern gratis sein. Der Ausbau und Erhalt von Einrichtungen gehört in die öffentliche Hand und diese soll auch dafür Sorge tragen, dass Unternehmen und Betriebe sich der Gesellschaft verpflichtet fühlen, indem sie auch ihren Beitrag dazu leisten. (LTabg. Riebenbauer: „Na bitte.“) Und mit Kinderbetreuung darf keinesfalls Geschäftemacherei betrieben werden. Wir hatten heute im Unterausschuss einen Abänderungsantrag der ÖVP zu diskutieren, wo es darum ging, dass man eine gute Lösung für die privaten Kinderbetreuungseinrichtungen sucht, damit Eltern nicht das Problem haben, wenn sie in einem öffentlichen Kindergarten keinen Platz mehr finden in einem privaten doch für die Kinderbetreuung zahlen müssen. Das ist schließlich ein guter Ansatz, aber ich habe es im Ausschuss schon gesagt: Würden wir diesem Antrag, so wie er im Unterausschuss eingebracht wurde, zustimmen, würden wir Tür und Tor dahingehend öffnen, dass Private ihre Beitragskosten nach und nach erhöhen könnten. Wir hätten das Problem, dass es egal wäre, wie viel diese privaten Einrichtungen für die Betreuung verlangen, sie bekämen einen Teil vom Land refundiert. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben. Wir können gerne über eine gute Lösung nachdenken, aber so wie dieser Abänderungsantrag dalag, kann die KPÖ dem nicht zustimmen. (LTabg. Majcen: „Privat ist noch immer verdächtig, gell.“)

Nein, so lange wir zu wenige öffentliche Einrichtungen haben, brauchen wir die privaten sehr wohl. (LTabg. Gödl: „Dann sollen sie zusperren.“) Es sollen nur keine Ungleichbehandlung geben zwischen den einen und den anderen. (LTabg. Majcen: „Und dann sollen sie zusperren oder sonst noch was?“) Die KPÖ wird nun dieser im Anschluss abzustimmenden Regierungsvorlage zustimmen. Allerdings möchte ich dazu für meine Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen, von dem ich hoffe, dass er einerseits Zustimmung findet und andererseits auch wirklich umgesetzt wird, in der Hoffnung, dass man sich endlich auf eine Linie einfinden kann, beide Parteien.

Der Antrag lautet wie folgt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der obigen Begründung raschest möglich eine Novelle des Kinderbetreuungsförderungsgesetzes vorzulegen, das die kostenfreie Betreuung auch für Kinder in den ersten 3 Lebensjahren vorsieht, also wie ursprünglich geplant, Kinderkrippen in das neue Förderungsmodell einbindet und dieses als Regierungsvorlage dem Landtag Steiermark zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, um die kolportierte Bereitschaft des Bundes zur Finanzierung des letzten Kindergartenjahres für die Betreuung der Unter-3-Jährigen zu sichern.

Ich bitte um Annahme des Entschließungsantrages und möchte Ihnen noch mitteilen, dass ein weiterer Entschließungsantrag, der sich mit betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen befasst, von meinem Kollegen Dr. Murgg eingebracht werden wird. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 10.56 Uhr)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Kröpfl. Ich erteile es ihm.

LTabg. Kröpfl (10.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste!

Es ist heute nicht nur vom Himmel her ein schöner Tag, ein herrliches Wetter, sondern es ist auch ein sehr schöner Tag für die steirischen Familien. Denn mit diesem heutigen Beschluss im Landtag setzt der Landtag Steiermark einen Meilenstein, was die Familienpolitik, was die Bildungspolitik in diesem Land anbelangt. Einen Meilenstein in jene Richtung, in der wir zeigen, dass wir die Anliegen der Menschen ernst nehmen. Denn wir zeigen als Landtag Steiermark: Es geht uns um die Familien, es geht uns darum, dass Familien entlastet werden – gerade in einer Zeit, wo die Preise steigen, wo wir alle wissen, wie schwer Lebensunterhalt zu bewältigen ist. Daher bedanke ich mich bei allen Fraktionen, dass sie diesem, unserem Antrag zustimmen, dass sie also sagen: Es ist uns ein Anliegen, die jungen Familien zu entlasten. Familienpolitisch – und da kann ich bei der Frau Kollegin Klimt-

Weithaler anschließen – natürlich ein Meilenstein, weil damit Beruf und Familie wesentlich besser in Einklang gebracht werden können als bisher.

Der zweite Grund: Der bildungspolitische Ansatz – und auch das ist heute schon angeklungen. Es geht uns bei den Kindergärten nicht darum, dass wir dort eine Betreuungseinrichtung allein haben, eine Aufbewahrungsstätte, sondern es geht uns darum, dass die Kindergärten Bildungseinrichtungen sind und bleiben und gut erhalten werden können. Deswegen dieser Vorstoß, den wir gemacht haben, in diese Richtung. Und die historische Aufarbeitung hat auch die Kollegin Klimt-Weithaler schon gemacht.

Aber ich möchte noch einmal zum bildungspolitischen Ansatz zurückkommen. Wir wissen alle, wie wichtig die Förderung unserer Kinder in der frühesten Kindheit ist. Deswegen bin ich sehr froh drüber, dass es uns gelingen wird, die 3- bis 6-jährigen in ein System hineinzubringen, wo es die Eltern sich leisten können, weil es für sie gratis wird, dass sie diese Einrichtung auch nützen. Bildung setzt nämlich sehr früh an und Bildung kann man in einer Gemeinschaft viel besser erlernen, als wenn man Kinder allein zu Hause hat. Es geht nicht nur um das Erlernen der Kulturtechniken, es geht vor allem auch um das Erlernen des sozialen Verhaltens, deswegen sind diese Einrichtungen von großer Bedeutung. Aber es geht auch darum, dass man möglichst früh schon Schwächen, die Kinder mitbringen, erkennt und dass diese Förderungen schon sehr früh angesetzt werden können. Deswegen ist dieser Vorschlag ein ganz toller. Und, Frau Kollegin Klimt-Weithaler, eine Bemerkung erlaube mir am Rande: Diese Regierungsvorlage ist nicht passiert. Diese Regierungsvorlage ist ganz bewusst vorbereitet geworden und wir haben immer unser bildungspolitisches Ziel gehabt, Kinder möglichst früh zu fördern.

Und der zweite Ansatz, den die Sozialdemokratie immer vertreten hat: Dass Bildung, der Zugang zu Bildung gratis sein muss. (*Beifall bei der SPÖ*) Wir setzen jetzt mit dieser Maßnahme bei den 3-jährigen an. Und die Steiermark hat auch schon gezeigt, dass wir gegen die Studiengebühren sind. Deswegen gibt es bei uns auch bei den Fachhochschulen diese Studiengebühren nicht mehr, seitdem die Sozialdemokratie hier die Verantwortung trägt in der Steiermark. (*Beifall bei der SPÖ*) Und ich bin auch sehr neugierig, wie sich jetzt einzelne Fraktionen im Bund verhalten werden, ob das alles nur Lippenbekenntnisse sind, die man von einzelnen Fraktionen hört, oder ob sie auch im Bund der Abschaffung der Studiengebühren in der nächsten Nationalratssitzung zustimmen werden. Ich hoffe, dass es im bildungspolitischen Interesse geschieht, dass die Studiengebühren abgeschafft werden, (*LTabg. Mag. Drexler: „So viele sind ja gar nicht da.“*) sodass der Zusatz ...ja, die Grünen sind schon da, oder? (*LTabg. Mag. Drexler: „Ja die Grünen.“*) Aha, nein nein, aber ihr buhlt ja sonst um die Grünen, auch der Appell an die grüne Fraktion, aber ich bin mir sicher, dass die grüne Fraktion da mitziehen wird bei der Abschaffung der Studiengebühren. (*LTabg. Mag. Drexler: „Also das habe ich mir auch gedacht.“*) (*LTabg. Mag. Zitz: Unverständlicher Zwischenruf*) Ja, also kein Problem. Das habe ich jetzt nicht verstanden. (*LTabg. Mag. Zitz: „Also dazu sage ich: Gern.“*) Gut. (*LTabg.*

Bacher: „Ich glaube, Gusenbauer hat das verhindert, oder?“) Nein, verhindert würde ich nicht sagen, sondern er hat es nicht durchsetzen können, Herr Kollege, das war es. Denn wenn du einen Regierungspartner hast, der das zu einer Koalitionsbedingung macht, dann kannst du eben gewisse Dinge nicht durchsetzen. (*Hoher Lärmpegel*) Die SPÖ ist nicht in der Lage, sie hat nicht 51 % im Parlament. Bei 51 % wären die Studiengebühren schon längst weg. (*Beifall bei der SPÖ*)

Aber ich darf schon noch ein paar Sätze verlieren – vielleicht auch zur Geschichte, auch wenn die Frau Kollegin Klimt-Weithaler das schon sehr gut aufbereitet hat. Der Kurs der ÖVP ist für manche nicht mehr nachvollziehbar gewesen. Bei der ersten Unterausschusssitzung im Juli hat es noch geheißt: Da sind noch so viele Unklarheiten, da brauchen wir noch Informationen, da müssen wir noch Erhebungen machen, und und und. (*LTabg. Gödl: Um das geht es ja heute.*“) (*LTabg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf*) Lass fertig erzählen, horch einmal zu. Dann haben wir dort vereinbart, dass bis zum 27. Juli alle Fragen an den SPÖ-Klub kommen sollen, wir leiten das weiter an die Frau Landesrätin. Es ist ein ganz dickes Packerl geworden. Die Frau Landesrätin hat jede einzelne Frage genauestens beantwortet und bei dem Gipfel, zu dem es dann gekommen ist – warum es dazu gekommen ist, es war ja ein Glück, dass es Neuwahlen gibt in diesem Land in der Republik Österreich. Weil hätten wir keine Neuwahlen, wäre die ÖVP wahrscheinlich bereit gewesen, zu diesem Gipfel zu kommen. Aber dort haben im Zuge des Wahlkampfes die ÖVP’ler auch erkannt und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer hat es sogar öffentlich erklärt, dass die ÖVP die soziale Kompetenz nicht hat. Und da war jetzt eine Möglichkeit, dass die ÖVP auch zeigen kann, sie hat doch soziale Kompetenz, wenn sie dem Gratiskindergarten zustimmt. Deswegen bin ich froh, dass es diese Neuwahlen im Bund jetzt gibt. Denn ohne diese Neuwahlen wäre das nicht möglich gewesen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Aber geh.“*) Aber es wären auch andere Dinge nicht möglich gewesen, die wir wahrscheinlich in diesem Hause noch diskutieren müssen, was den Regress anbelangt ... (*LR Mag. Edlinger-Ploder: „Was ist mit dem Regress.“*) auch das ist eine alte Forderung der SPÖ, (*Heiterkeit bei den Abgeordneten der ÖVP*) diesen Regress abzuschaffen... (*Beifall bei der SPÖ*) ... war bis jetzt nicht möglich, weil wir da einen Finanzlandesrat sitzen haben, der immer gesagt hat: „Das können wir uns nicht leisten.“ Jetzt plötzlich geht es anscheinend, denn sonst würde ja der Herr Landeshauptmannstellvertreter hier nicht „vorgeprescht“ sein, verehrte Damen und Herren. (*LR Mag. Edlinger-Ploder: „Ah, er ist vorgeprescht.“*) Also da bin ich sehr froh, dass ich sage es gibt diese Neuwahlen, da bewegt sich endlich etwas auch im sozialen Bereich, wo die ÖVP bis jetzt immerfort blockiert hat. (*LTabg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf*) Ja, vielleicht auch. Aber so lange wir den Proporz im Land haben, wird sich nichts ändern. Weil ihr traut euch ja nicht den Proporz abzuschaffen, damit wir endlich einmal zu neuen Spielregeln in diesem Land kommen können, verehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ*) (*LR Mag. Edlinger-Ploder: „Dann ist der Proporz abgeschafft, aber der Erste kann sich nicht durchsetzen.“*) Na ja, Frau Landesrätin, wenn man eine Mehrheit im Landtag alleine nicht hat und wenn man so ein loses Arbeitsübereinkommen hat, wie

wir es derzeit mit der ÖVP haben – ja lose, (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) LR Mag. Edlinger-Ploder: *Unverständlicher Zwischenruf*) der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat es ja aufgekündigt, das Arbeitsübereinkommen. Verehrte Damen und Herren, (*LTAvg. Kaufmann: „Das habt’s rasch vergessen.“*) das muss euch schon auch vonseiten der Regierungsbank her bewusst sein. Und dann hat man natürlich im Landtag das freie Spiel der Kräfte und da sucht sich jeder seine Mehrheiten. Da gibt es eben einmal eine Mehrheit mit der SPÖ, einmal eine Mehrheit mit der ÖVP, das muss man als Demokrat zur Kenntnis nehmen. Das ist einmal so und was in der Regierung beschlossen werden kann, da gibt es ja auch die weitgreifenden Beschlüsse, die wir auch in der Regierung ohne die Stimmen der ÖVP fassen. Dort zeigen wir Stärke, dort zeigen wir auch, was wir für unser Land bewegen können, verehrte Damen und Herren in diesem Land. (*Beifall bei der SPÖ*) (*LTAvg. Riebenbauer: „Es geht um Macht.“*)

Aber noch einmal zurück, verehrte Damen und Herren, zu dem Thema des heutigen Tages, zu den Gratiskindergräten: Ich war ja ganz erstaunt, als der Herr Landeshauptmannstellvertreter plötzlich die Idee hatte, in Modellregionen die Kinderbetreuung gratis zu machen. Ich habe mir gedacht: Na ja, endlich doch irgendwo ein Signal, das er setzen will. Aber dann bei genauerer Betrachtung muss man sich einmal vorstellen, was das heißt: Da gibt es dann ein paar Inseln in der Steiermark, in diesen Inseln ist die Kinderbetreuung gratis und wenn du das Pech hast, dass du in der Nachbargemeinde wohnst, dann zahlst du für den Kindergarten. Und da wird gar kein Unterschied gemacht – und das war für mich das wirklich Interessante an dem Modell – gar kein Unterschied gemacht, ob es eine SPÖ oder ÖVP-Gemeinde ist, (*LTAvg. Gödl: „Das gibt es ja noch.“*) sondern einfach: Da ist die Grenze, da machen wir dicht und aus. Und gleich, ich meine es war ja zu erwarten, es sind ja dann eh gleich die ÖVP-Bürgermeister ausgerückt und haben gesagt: Bitteschön, das ist ja unmöglich, dass kann ja doch so nicht sein. Wie soll ich meinen Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass bei mir für den Kindergarten zahlen müssen, aber sie brauchen nichts in der Gemeinde daneben zu zahlen? Und deswegen haben auch diese Bürgermeister Resolutionen verfasst, die ja den Damen und Herren von der ÖVP nicht unbekannt sein dürften, die dann auch in den Gemeinderäten beschlossen wurden. In diesen Resolutionen ist genau das zum Ausdruck gekommen, was ich jetzt angedeutet habe, da steht nämlich drinnen: „Eine Gleichbehandlung aller SteirerInnen, welcher Art auch immer, ist Grundvoraussetzung in einer Demokratie.“ Dem kann ich nur beipflichten, so ist es. Ein weiterer Satz: „Eine 2-Klassen-Gesellschaft lehnen wir kategorisch ab.“ Auch das ist unser Ansatz. Gerade im Bildungsbereich im sozialen Bereich können wir uns das nicht leisten, verehrte Damen und Herren. Und ich glaube, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer sehr froh war, als die Frau Landesrätin ihren Gesetzesentwurf eingebracht hat, denn damit hat die Frau Landesrätin Vollath dir, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ein bisschen aus der Patsche geholfen. (*Heiterkeit bei LTAvg. Riebenbauer*) Denn sonst hättest du jetzt diese Inseln da und der Rest (*LHStv. Schützenhöfer: „Du, ich habe gar nicht gewusst, dass ich in der Patsche gesessen bin.“*) Ja, hast die Resolutionen nicht

bekommen? (*LHStv. Schützenhöfer*: „Doch.“) Also doch, na gut. Also, wenn das eigene ÖVP-Bürgermeister schreiben, dann bitte, sitzt schon ganz schön in der Patsche in dieser Sache. (*LTAbg. Riebenbauer*: „Habt's noch keine Resolutionen bekommen?“) Nein, solche Resolutionen haben wir nicht bekommen in diese Richtung, wo uns Bürgermeister vorwerfen, dass wir eine 2-Klassen-Gesellschaft favorisieren, das haben wir noch nicht. Da kannst in unseren Archiven nachschauen, lieber Kollege. (*Beifall bei der SPÖ*) Und noch eines, was dann medial so alles abgelaufen ist. Da ist dann Verunsicherungstaktik gekommen, so wie man es halt im Lehrbuch stehen hat. Es ist alles unausgegoren, ist alles nicht vorbereitet. Ja, die Frau Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder hat sogar an dem Tag, als der Gipfel stattgefunden hat, wo alle Probleme besprochen wurden, noch erklärt: „Das ist alles zu unausgegoren, das ist ein reines Chaos, was da jetzt passieren wird.“ Und dann, ein paar Stunden später sitzen wir im Unterausschuss da nebenan und ich habe gestaunt: Zustimmung der ÖVP! (*LTAbg. Riebenbauer*: „Ist dir das auch nicht recht?“) Na sehr recht, nur habe ich davor nicht verstanden, warum man vorher diese Panikmache betreibt. Warum man vorher hergeht und sagt: „Die Gemeinden sind nicht vorbereitet, auf die Gemeinden kommt da was zu.“ Ich kann euch Beispiele sagen aus vielen vielen Gemeinden. Dort, wo Kinderbetreuung ernst genommen wird, dort hat man sich mit diesem Problem schon jahrelang beschäftigt. Und wie es dann geheißen hat, es kommt dieser Gratiskindergarten, haben verantwortungsvolle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister natürlich sofort den Ball aufgegriffen und nach Lösungen gesucht und es gibt sehr sehr gute Lösungen und sehr sehr gute Ansätze und die Gemeinden profitieren von diesem neuen Modell, verehrte Damen und Herren, das muss uns auch einmal klar sein. (*Beifall bei der SPÖ*) Und schlecht vorbereitet, hat es dann immer geheißen. Die Frau Landesrätin hat mit Städtebund verhandelt, mit dem Gemeindebund verhandelt. Die Frau Landesrätin hat Interessensvertretungen eingebunden. Und da heißt es, schlecht vorbereitet? Verehrte Damen und Herren, diese Gesetzesvorlage ist sehr gut vorbereitet und dafür gebührt der Frau Landesrätin herzlicher Dank. (*Beifall bei der SPÖ*)

Die Frau Kollegin Klimt-Weithaler hat das auch angeschnitten, die Gratisstellung für die 0- bis 3-Jährigen. Ja, das tut mir auch weh, dass wir das mit der ÖVP gemeinsam nicht lösen konnten. Aber in Anbetracht dessen, dass wir ja vor Budgetverhandlungen stehen, glaube ich sollten wir diese Zeit jetzt bis dorthin nutzen, um die Erhebungen noch genauer durchzuführen und dann zu sagen, das wird es kosten und das ist im Budget dafür vorzusehen. Deswegen werden wir auch diesen Anträgen, die in diese Richtung gehen, heute allen unsere Zustimmung geben.

Einen Antrag, darf ich noch einbringen einen Entschließungsantrag der SPÖ, in dem wir die Landesregierung auffordern, auch die Kinder, die in den Heilpädagogischen Kindergärten sind, dass man auch für die Kinder den Besuch dieser Kindergärten gratis macht, verehrte Damen und Herren.

Wir stellen also den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, § 11 Absatz 2 des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes und § 39 Abs. 1 Ziffer 3 des Steiermärkischen Behindertengesetzes zu novellieren und als Regierungsvorlage dem Landtag Steiermark zur Beschlussfassung vorzulegen.

Verehrte Damen und Herren, damit setzen wir einen weiteren Schritt, dass wir alle jene auch entlasten, die von Natur aus zusätzliche Hilfe durch den Staat benötigen. Das sind alle Kinder, die wir in den Heilpädagogischen Kindergärten haben und das ist auch soziale Verantwortung, die wir zu tragen haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zum einen Entschließungsantrag der Grünen, den ich jetzt mit diesen 3 Punkten bereits vor mir liegen habe, diesem werden wir unsere Zustimmung geben können.

Der zweite Entschließungsantrag von der KPÖ betreffend die Kindergartenabgabe für Mittel- und Großbetriebe: Ich glaube, dass das der Landtag in der Form nicht beschließen kann. Ich denke mir, dass wir auch dort genauestens erheben sollten, wo ist wirklich Bedarf in den einzelnen Betrieben, wo ist es notwendig. Und die Frau Landesrätin hat ja schon eine Aktion gesetzt, dass wir für jene Betriebe, die zusätzlich Kindergärten, also Betriebskindergärten jetzt einrichten, dass die auch einen speziellen Anreiz bekommen. Vielleicht gelingt es uns, dieses Anreizsystem noch auszubauen.

Meine Damen und Herren, den anderen Antrag der KPÖ, den habe ich noch nicht schriftlich vor mir liegen, wir werden uns noch anschauen, was der jetzt genau beinhaltet und wir werden dann schauen, ob wir diesem Antrag zustimmen können.

Meine Damen und Herren, um zum Abschluss zu kommen: Dieser heutige Tag, wie ich schon eingangs erwähnt habe, ist ein guter Tag für die Steiermark, ist ein guter Tag für die Jungfamilien, ist ein guter Tag und ein richtiger Schritt in Richtung verbesserte Familienpolitik in diesem Land, ist ein wesentlicher Schritt in Richtung gute Bildungspolitik für die Kinder, die unsere Zukunft sind. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – 11.13 Uhr)*

Präsident: Danke dem Herrn Klubobmann.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gödl. Ich erteile es ihm.

LTabg. Gödl (11.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine werten Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sehr geehrte Damen und Herren im Auditorium!

Es ist ein großer Tag für die steirischen Familien und es ist ein Meilenstein, wie es mein Vorredner Walter Kröpfl bezeichnet hat. Naturgemäß, und das gebe ich auch zur Politik dazu, gibt es fraktionell verschiedene Zugänge und verschiedene Sichtweisen und ich möchte natürlich seitens der ÖVP auch die Genese, so wie wir sie gesehen haben, wie wir sie miterlebt haben, ein bisschen beleuchten und gleich vorwegschicken, dass das Thema Familie – und im Besonderen Familien mit Kindern – ein

ausgesprochen wichtiges politisches Thema ist und es wirklich höchst erfreulich ist, dass es auch im Wahlkampf, der derzeit auf Bundesebene herrscht, auch in eine zentrale Position gerückt wurde. Wenn man Familien betrachtet, dann könnte man so die politische Aufgabe in den Dreiklang hineinfassen: Es geht einerseits um Geld und um Infrastruktur. Zeit, das verbinden wir mit Karenzzeit, mit Zeit nach der Geburt, wo Familien Zeit gegeben werden soll, mit der neuen Lebenssituation ein neues Erlebnis zu erfassen. Und das sei mir persönlich gestattet, ich weiß, wovon ich rede – seit genau 7 Wochen. Geld, nämlich Geld für die Familien einerseits, damit sie in ihrer Lebenssituation auch Wahlfreiheit haben, nämlich auch Wahlfreiheit, wie wollen sie ihr Kind beim Heranwachsen unterstützen und Geld aber auch um Einrichtungen zu fordern und zu forcieren. Und damit auch beim 3. Punkt: Es braucht eine gute Infrastruktur zur Unterstützung unserer Familien. Und heute geht es natürlich um Geld und Infrastruktur. Geld nämlich auch deswegen, weil wir es in die Hand nehmen als Landtag Steiermark, und sagen: Ja (auch wenn wir noch nicht genau wissen, wie wir es zahlen), wir wollen dieses Geld in die Hand nehmen, um gezielt Familien mit Kindern in einer wichtigen Phase zu unterstützen. Es ist schön und es ist ein schönes Zeichen der Politik, dass wir alle, die wir heute hier dabei sind, alle 4 Fraktionen, diesen Grundsatzbeschluss und dieses Gesetz, Kindergartenbesuch den 3- bis 6-jährigen prinzipiell gratis zu ermöglichen, auch gemeinsam beschließen.

Aber es liegen natürlich die Tücken im Detail. Damit auch zur Debatte, auch zu meinem Vorredner, zum Klubobmann Kröpfl. Die Tücken liegen deswegen auch im Detail und spiegeln ein bisschen in manchen Bereichen mangelhafte Vorbereitung wider. Ich möchte nicht sagen, dass die Frau Landesrätin sich nicht wirklich in vielen Bereichen bemüht hat. Sie hat sich bemüht und es war natürlich ein kurzer Zeitraum und ich möchte ein ganz großes Danke auch an die Abteilung aussprechen. Ich weiß, ich bekomme auch viele Anrufe, ich weiß, wie schwer es in der Abteilung war, die Herren Eigner und Schober und auch Frau Dirry vertretend für alle, die mitgearbeitet haben, ein Monsterprojekt überfallsartig im Sommer umzusetzen, heute zu beschließen und am Montag soll es schon Realität sein und in Kraft treten. Natürlich liegen die Tücken im Detail und da spiegeln sich noch manche Versäumnisse wider. Du hast sicher den „Weststeirer“ vor einer Woche gelesen, also die Weststeirer-Ausgabe der Kleinen Zeitung, wo auch ganz klar steht: Auch im Bezirk Voitsberg, ein bekannt roter Bezirk, herrscht die Angst, in Zukunft die laufenden Kosten nicht mehr tragen zu können. Also es gibt Ängste, die natürlich darin begründet sind, (*LTabg. Kröpfl: „Welche Gemeinde?“*) weil wir einen sehr kurzen Zeitplan gewählt haben und ich komme noch dazu, wie es dazu gekommen ist und weil wir nicht alle Situationen richtig eingeschätzt haben. Die Genese – die Frau Klimt-Weithaler hat es in großen Zügen aus ihrer Sicht dargestellt: Der echte Anstoß für diese Gratismodelle war in der Tat 2005 die Frau Landeshauptmann Klasnic, die das als zentrale Forderung im Wahlkampf gestellt hat. Es hat nichts geholfen, wie wir wissen, sie hat die Wahl mit uns verloren. Trotzdem haben wir nach der Wahl nachgesetzt und haben gesagt, wir wollen das umgesetzt wissen. Da ist es zu einem ersten kleinen Zerwürfnis gekommen, hier und auch über die Medien, konkret im

ORF Radio. Das erste Ziel der Frau Landesrätin war nämlich nicht, den Kindergarten gratis zu machen, sondern bei der Fachhochschule die Studiengebühren abzuschaffen. (*LTabg. Kröpfl: „Das ist natürlich eine politische Forderung gewesen.“*) Und wir haben diese Sektion quasi genutzt und haben die Forderung aufgestellt: Gratiskindergarten statt gratis studieren. Und haben die Forderung aufgestellt, das letzte Kindergartenjahr muss gratis werden. Was war die erste Reaktion der Frau Landesrätin? Kann man im O-Ton nachhören: Beim gratis Studieren geht es um 2 Millionen Euro und beim Gratiskindergartenjahr geht es um 16 Millionen Euro, das können wir uns nicht leisten. Trotzdem und das sei fairer Weise dazugesagt, sie ist auf den Zug der Zeit aufgesprungen, hat dann einige Monate später eine Vorlage zur Reformierung der Kindergartenbeihilfe eingebracht. Wir haben gemeinsam 10 Millionen in die Hand genommen und dieses Gratiskindergartenjahr quasi ermöglicht. Allerdings mit 3 negativen Punkten, die wir als ÖVP nie verstanden haben und wir immer am Drücker geblieben sind. Nämlich, wir haben gefordert eine unbürokratische Abwicklung über die Gemeinden, dass nicht die Eltern zuerst zahlen müssen und dann aufwändig über ein Verfahren das Geld zurückholen müssen, da waren Sie striktest dagegen, alle 3 Parteien. (*LTabg. Mag. Drexler: „Jetzt haben wir es.“*) Dann einen einheitlichen Beitrag für alle Gemeinden, egal ob sie 50 Euro oder 150 verlangen, also es soll einen einheitlichen Beitrag geben, wurde abgelehnt.

Es soll einen einheitlichen Beitrag geben – wurde abgelehnt. Für alle soll es gleich sein, es soll keine Einkommensstaffel geben, das letzte Jahr sollte für alle einkommensunabhängig – so wie auch die Schule – gratis sein auch das wurde abgelehnt. Wir haben das mehrmals eingebracht, immer wieder wurde es auch niedergestimmt. Und deswegen sage ich, stehe ich nicht an, jetzt danke zu sagen... (*LTabg. Kröpfl: „Haben wir gemacht.“*) ... zuhören: Jetzt danke zu sagen, dass all diese 3 zentralen Forderungen, die wir aufgestellt haben, in diesem jetzigen Umsetzungsentwurf des Gratis-Kindergartenjahres völlig und 100%-ig erfüllt wurden und damit auch eine echte Gerechtigkeit hergestellt wurde. Dafür sage ich sicher ein großes Danke. (*Beifall bei der ÖVP*) Die Frau Klimt-Weithaler hat ja, wie gesagt, den chronologischen Ablauf schon dargestellt, eines hat sie vergessen: Im September 2007, ziemlich genau vor einem Jahr, haben wir als ÖVP in diesem Haus einen Antrag eingebracht, der gelautet hat: „Bemühen wir uns um einen Gratiskindergarten und bemühen wir uns auch, dass der Bund mit in die Pflicht genommen werden kann. Bemühen wir uns darum.“ Da muss ich der KPÖ Lob zollen, da war sie konsequent, sie ist mit diesem Antrag bei uns mitgegangen, wir haben ihn beschlossen. Beschlossen haben wir ihn nicht, denn Sie, Herr Klubobmann Kröpfl mit Ihrer Fraktion und die werten Grünen haben diesen Antrag damals niedergeredet und niedergestimmt. (*LTabg. Mag. Kröpfl: „Umgesetzt ist es geworden.“*) Und niedergeredet in dem Sinn: Das ist ja populistisch, was da gefördert wird. Was soll denn das plötzlich. Das war im September 2007. (*LTabg. Kröpfl: „Ist umgesetzt.“*) Und das, lieber Walter Kröpfl, das war für uns der entscheidende Anlass. Hermann Schützenhöfer und einige Wenige in unserem Klub, wir haben uns nach diesem Erlebnis hier im Landtag zusammengesetzt und haben gesagt: Wie können wir einen effektiven

nächsten Schritt setzen? Wir haben uns dann im Jänner ganz konkrete Modelle ausgerechnet und im Februar ein ausgegorenes Projekt, nämlich die 3 Modell-Regionen als Modell, als Vorläufermodell für ein steiermarkweites Modell auch bekannt gegeben und umgesetzt. (*Beifall bei der ÖVP*) Und dann, werte Damen und Herren, dann natürlich war „Feuer am Dach“ der Frau Landesrätin und das Telefon ist heiß gelaufen und sie hat den Herrn Hofrat Aigner angerufen und hat gesagt: „Bitte schnell einen Gesetzesentwurf, wo der Kindergarten gratis wird, gleich von 0 weg, weil wir müssen unbedingt mehr fordern als die ÖVP gefordert hat. Wir machen es gleich von 0 weg.“ (*LTAbg. Kröpfl: „Weil das sinnvoll ist.“*) Das Modell kennen wir jetzt auch im Wahlkampf, wo immer alles überboten wird und lizitiert wird. Und kaum 2 Wochen später, schon Anfang März, wurde dieser Gesetzesentwurf nach dieser Schrecksekunde auch der Öffentlichkeit präsentiert. Das soll uns recht sein, das war ja unser Ziel, diese Thematik weiter zu bringen. Nur ein derartiges Monsterprojekt, wo es nicht um Peanuts geht, sondern wo es um eine ganz schöne Summe von Steuergeldern geht, dieses Monsterprojekt muss natürlich gewissenhaftest vorbereitet werden. Ich zitiere von einer Kindergärtnerin, die vor einigen Tagen ein E-mail geschrieben hat – ich glaube an mehrere Stellen – die wörtlich geschrieben hat: „Wir haben am 25. Juli den Kindergarten geschlossen und alles war in Ordnung. Im Sommer hat die Politik den Kindergarten überfallen. Wir sperren jetzt auf und finden ein Chaos vor.“ Das will ich nicht verallgemeinern und auch nicht ... (*LTAbg. Detlef Gruber: „Das liegt am Bürgermeister.“*) ... es ist kein Bürgermeister, es ist ein privater Kindergarten, sage ich vollständigshalber dazu. Es heißt, es ist leider aufgrund dieser Art, wie er eingeführt wird, zu einer großen Verunsicherung gekommen. Da müssen wir uns ein bisschen schon an die Brust klopfen, wir haben alle selber – alle selber, ich will mich gar nicht ausnehmen – auch ein bisschen Mitschuld daran. Und warum gibt es natürlich diese kritischen Stimmen, muss man fragen? Da muss man eines ganz klar sagen: Natürlich leiden wir alle ein bisschen an Glaubwürdigkeit, so wie wir hier sind. (*LTAbg. Klimt-Weithaler: „Wir nicht.“*) (*LTAbg. Böhmer: „Ihr nie, nein!“*) Erstens sagen das die KindergartenpädagogInnen mit großem „I“ geschrieben; vor 2 Jahren haben wir im Landtag das Dienstrecht geändert mit voller Überzeugung sage ich dazu, nämlich insofern geändert, dass Betreuung in den Sommermonaten besser ermöglicht wird. Natürlich haben wir auch argumentiert: Na ja, wir ändern das Dienstrecht, wir zahlen weiterhin gleich viel Gehalt aus, aber die KindergartenpädagogInnen müssen im Bedarfsfall mehr arbeiten. Das war so die Stoßrichtung dieser Novelle. Wir haben das auch begründet, ich kann da zitieren aus einem Unterausschussprotokoll, nämlich den Herrn Klubobmann Kröpfl zitieren aus dem Jahr 2007, 12.2.2007, das da sagt: „Klubobmann Kröpfl berichtet, dass nach Rücksprache mit den Budgetverhandlern kein Spielraum für die Jahre 2007 und 2008 gegeben ist.“ Das war damals die Begründung, warum wir uns gewisse zusätzliche Belastungen im Kindergartenbereich nicht leisten können. (*LTAbg. Kröpfl: „Hätten sie was anderes berichtet, wäre dir das lieber gewesen?“*) So, jetzt sagen die KinderpädagogInnen mit Recht: „Damals habt ihr uns diese Begründung genannt und heute

sind 30 Millionen kein Problem?“ Das ist natürlich das Glaubwürdigkeitsproblem, das wir alle nach außen auch vertreten müssen. (LTabg. Kröpfl: „Schützenhöfer behauptet das.“)

Zweitens, die Gemeinden, auch hier die bekannte Misere: 2007, 2006 hat die Frau Landesrätin in ihrem Ressort zugelassen, den Kindergartenbaufonds zu halbieren, obwohl viele Gemeinde bereits Jahre und viele Jahre auf das Geld aus dem Baufonds warten. Jetzt sagen natürlich auch die Bürgermeister, ob rot oder schwarz, mit Recht: „Dafür habt ihr bis jetzt nie etwas übrig gehabt und zu wenig Geld gehabt und uns jahrelang warten lassen und jetzt plötzlich ist alles andere möglich? Wie sollen wir euch noch etwas glauben?“ - das zweite Glaubwürdigkeitsproblem. Und das dritte und das ist erst in den letzten Tagen - und das gebe ich zu – mir so richtig bewusst geworden, denn Frau Landesrätin, in diesem Punkt haben Sie uns in die Irre geführt beim Kindergartengipfel. Ich habe Sie persönlich gefragt: „Sind alle verschiedenen Situationen, die die Kindergartenlandschaft bietet, mit diesem Modell konfrontiert worden und können Sie mit diesem Modell gut leben?“ Sie haben gesagt: „Ja, es ist alles ausgeräumt, es ist alles besprochen.“

Und jetzt erleben wir seitens der privaten Betreiber, dass nicht alles ausgesprochen ist und es zu erheblichen Umsetzungsproblemen in diesem Bereich kommt und deswegen bringen wir heute auch diesen Abänderungsantrag ein. Wir wollen einfach nicht wahrhaben, dass Eltern bei einem derartigen wichtigen Gesetzesbeschluss, dass manche und wenige Eltern hier benachteiligt werden. Das wollen wir nicht wahrhaben und wir werden diese Kindergärten und diese Eltern sicher nicht im Regen stehen lassen, Frau Landesrätin. Wir wollen nicht auch nur den Funken einer Möglichkeit eröffnen, dass hier Kindergarteneinrichtungen, wo es gar nicht genug Plätze gibt in einer Stadt Graz im öffentlichen Bereich, quasi vor dem Konkursrichter enden können. Diese Möglichkeit wollen wir von vorn herein ausschließen. Und wir können nicht verstehen, dass Sie in dieser Sache heute und hier mit aus meiner Sicht überhaupt nicht nachvollziehbaren Argumenten so hart bleiben, denn Sie stellen das so hin, als würden da gleich alle Gemeinden wieder böse Spielchen betreiben und eine derartige Ausnahmeregelung von vorn herein ausnützen. Nein, nein, so ist das sicher nicht. Und wir, als Volkspartei, das ist auch eines unserer Markenzeichen, wir bestehen auch weiterhin auf Angebotsvielfalt. Es ist nicht unser Ziel wie das kommunistische Ziel: Es muss alles in öffentlicher Hand sein. Es soll eine Vielfalt geben dürfen. Es soll Modelle geben dürfen, die sich bewusst anders entscheiden, ob von Montessori oder mit einem erhöhten Personaleinsatz, was auch mehr Kosten verursacht. Und es soll auch möglich sein, dass Eltern für ein eigenes Programm auch nach wie vor Beiträge bezahlen können. Aber es darf nicht sein, dass diese Eltern, die diese Bereitschaft haben, andererseits bewusst vom Land Steiermark benachteiligt werden. Dagegen werden wir ankämpfen. (Beifall bei der ÖVP) (Beifall im Publikum) Und noch ein Wort zum Kindergarten.

(Präsident: Entschuldigung, Herr Abgeordneter Gödl, nur ganz kurz. Ich darf die Besucherinnen und Besucher im Zuschauerraum bitten, dass Äußerungen in welcher Art auch immer, Applaus oder

sonstige Äußerungen nicht gestattet sind. Ich bitte daher, sich an die Geschäftsordnung des Landtages zu halten. Bitte, Herr Abgeordneter!)

Noch ein Wort zum Kindergartengipfel, Frau Landesrätin: Ich habe Sie am Ende des Kindergartengipfels gefragt und ich möchte das schon der breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Ich habe Sie gefragt Frau Landesrätin, meines Wissens haben Sie mit dem zuständigen Finanzlandesrat, also zuständig für die Abwicklung der Finanzen, zum damaligen Zeitpunkt noch kein Gespräch geführt. Ich weiß nicht, ob es inzwischen geschehen ist: „Wie stellen Sie sich die Finanzierung vor?“ Denn ein Projekt zu versprechen hat nur Sinn, wenn wir es auch nachhaltig finanziell absichern. Und Sie haben Auskunft gegeben: „Meine Aufgabe ist es, Gesetze im Bereich der Kinderbetreuung zu machen, aber es ist nicht meine Aufgabe für das Geld aufzukommen und für das Geld zu sorgen.“ (LTAbg. Mag. Drexler: „Naiver Zufall ist das.“) Meine geschätzte Frau Landesrätin, das ist politische Geisterfahrt, sich nicht Gedanken zu machen, wie die Zukunft aussieht. (Beifall bei der ÖVP) Wir stehen alle zu diesem Projekt, nur so kann man es nicht angehen. Sie haben eine Verantwortung für das Ganze und nicht nur für einen Teil. Wir werden Sie auch in Zukunft natürlich hier besonders beobachten und auch in die Pflicht nehmen. Nachdem die Zeit meiner Rede schon weit fortgeschritten ist, möchte ich die Kostenberechnung, die leider auch falsch ist, wie Sie heute schon im Unterausschuss zugegeben haben, wir werden sehr wohl neue Gruppen benötigen, im Gegensatz zu Ihren Berechnungen.

Ich sage Ihnen eines und auch an alle Zuschauer gerichtet: Wenn wir ehrlich und seriös heute hier hinausgehen wollen, dann heißt es, Ärmel aufkrepeln. Wir haben alle Hände voll zu tun, dieses Projekt, das wir heute beschließen, auf Dauer abzusichern. Wir haben alle Hände voll zu tun! Das ist kein Klacks, was wir heute beschließen. Es ist auch kein Zufall, dass zum Beispiel Bürgermeister Häupl in Wien eine derartige Einführung kategorisch ablehnt, nämlich aus finanziellen Gründen. Er sagt, das letzte Jahr das soll der Bund machen, die sollen ein Vorschuljahr einführen, damit es auch der Bund bezahlen muss. Das ist die Linie der Wiener SPÖ übrigens. (LTAbg. Böhmer: „Das ist ein ganz anderes System.“) Wir haben alle Hände voll zu tun, um dieses Projekt nachhaltig abzusichern.

Wenn wir auch heute diese Beschlüsse fassen sollten, es soll auch von 0 bis 3 Jahre alles gratis werden, auch dazu ein klares Wort. Versprechen wir bitte nicht mehr, als wir halten können. Und wo wir als ÖVP nicht dabei sind, ist, wenn wir jetzt schon die Konten jener plündern, die noch gar nicht auf der Welt sind. Da sind wir sicher nicht dabei! (Beifall bei der ÖVP) Auch diese Phase, Kleinkind 0 bis 3 Jahre, ja wir müssen uns intensiv damit beschäftigen. Wir haben auch aus der arbeitsrechtlichen Perspektive einiges zu verbessern, denn wie wir wissen, der Kündigungsschutz endet spätestens nach 2 Jahren für Männer oder Frauen, meistens Frauen, die aufgrund eines Kindes sich kurzzeitig aus dem Erwerbsleben zurückziehen und dann gibt es aber oft keine Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich warne davor, hier die falschen Prioritäten zu setzen. Nämlich Prioritäten, zu sagen, wir machen die Kinderkrippen gratis, aber wo gibt es denn diese Kinderkrippen? Wo gibt es diese Kinderkrippen, die

gibt es ja gar nicht. Daher muss die Priorität sein und damit bin ich wieder beim 3-Klang Zeit, Geld, Infrastruktur. Die Priorität kann nur sein, in die Infrastruktur zuerst zu investieren und hier versuchen, jenes Geld bereit zu stellen, das wir dafür brauchen. Erst dann können wir weitere Versprechungen tätigen, die wir vielleicht, wenn überhaupt, auch bewältigen können. Wir sind gerne zu allen Gesprächen bereit, aber diese weiteren Folgekosten müssen wir im Auge behalten. Für uns, die Volkspartei, ist natürlich die Wahlfreiheit ein ganz entscheidender Ansatzpunkt, gerade was die 0- bis 3-Jährigen betrifft. Es ist auch völlig richtig, dass Willi Molterer in Wien auch diesen nächsten Schritt geht, mit diesem einkommensabhängigen Kindergeld. Völlig richtig, es soll für Eltern die Wahlfreiheit geben, relativ schnell wieder zurückzukehren in den Beruf und da soll man keine Scheuklappen haben, oder auch länger zu Hause bleiben zu können. Auch diese Wahlfreiheit muss gewährleistet sein und dafür werden wir uns natürlich auch einsetzen. Es war natürlich bitter und es wird auch für Sie, denke ich, die hier Verantwortung tragen, bitter sein, wenn ich z.B. gestern einen Brief von einer Kindergartenleiterin erhalte (*Glockenzeichen*), die sagt: „Der Gratiskindergarten ist ein Wahlzuckerl und dieses Zuckerl musste praktisch noch vor der Nationalratswahl 2008 zu bekommen sein. Tatsächlich ist es so, dass die Umsetzung derart dilettantisch organisiert ist, dass letztendlich die übereilte und vor allem lückenhafte Umsetzung auch auf die Politik zurückfallen wird.“ Jetzt hoffe ich nicht, dass dieses Monsterprojekt, das wir heute hier beschließen, auf die Politik zurückfällt. Aber in der Tat: Das Projekt ist ein Meilenstein, die Umsetzung und der Zeitplan kein echtes Ruhmesblatt. Erlauben Sie mir zum Abschluss noch eine persönliche Anmerkung. Wir brauchen mehr Kinder in den Familien und wir brauchen mehr Familie in der Gesellschaft. Ich habe, wie schon eingangs erwähnt, durch meine persönliche Erfahrung mit meiner kleinen Tochter seit 7 Wochen natürlich Zeit, jetzt auch ein bisschen so emotional persönlich zu reflektieren und auch kritisch zu hinterfragen, ob das, was wir heute hier machen, der einzig richtige Weg ist. Eine Kindergartenpädagogin hat mir vor einigen Wochen geschrieben: „Kinder verdienen nicht den billigsten, sondern den besten Kindergarten.“ Da sind wir uns glaube ich ohnedies alle einig. In der Tat und da sollen wir uns an die Brust klopfen – mea culpa, ich will mich nicht ausschließen –, wir haben in der letzten Zeit in der steirischen Politik das Kindergartenthema in der Tat sehr ökonomisch betrachtet und vor allem den ökonomischen Wert ... (*Präsident: Herr Kollege Gödl, ich weiß, dass es viel zu sagen gibt, aber die Redezeit ist schon etwas überschritten. Ich bitte zum Schluss zu kommen.*) – 1 Minute erlauben Sie mir bitte noch – einen ökonomischen Wert sehr in den Vordergrund gestellt. Jetzt wäre z.B. eine Frage, die wir nie diskutiert haben: Wäre es vielleicht sinnvoller 30 Millionen anders einzusetzen, z.B. wie es der Erziehungswissenschaftler DDr. Efthenakis immer fordert, die Gruppengrößen zu verringern? All diese Qualitätsfragen, glaube ich, die stehen noch an, die müssen wir auch noch in unserer Verantwortung in Zukunft hier besprechen und ausgewogen diskutieren.

Ich danke wirklich allen, die dieses Projekt ermöglicht haben, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Herrn Schützenhöfer genau so wie Frau Landesrätin Bettina Vollath, den 4 Fraktionen – auch der Kommunistischen Partei und den Grünen.

Eines zum Abschluss, als letzter Satz: In Hamburg war vor einigen Wochen ein Slogan plakatiert von der SPD, der geheißen hat: „Liebt euch, wir kümmern uns um den Rest!“ Meine Damen und Herren, Familie ist mehr als dass sie nur den Staat überlastet. Stärken wir die Familien in ihrer privaten Identität, stärken wir die Familien in all ihren Lebenslagen, nur dann werden wir die Gesellschaft für die Zukunft absichern. Danke und alles Gute! (*Beifall bei der ÖVP – 11.37 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Kollegen Gödl und ich möchte ihm und seiner Frau auch herzlichst zum Nachwuchs gratulieren und wünsche euch viel Freude und eine schöne Zeit mit eurem Nachwuchs! Herzlichen Glückwunsch! (*LTAbg. Gödl: „Danke.“ (Allgemeiner Beifall)*)

Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

LTAbg. Mag. Zitz (11.37 Uhr): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich meine, wenn ein ÖVP-Mandatar seine Wortmeldung so romantisch beschließt, dann ist für eine Grüne Oppositionspolitikerin natürlich schwer fortzusetzen. (*LTAbg. Gangl: „Bei dir aber nicht.“ (LTAbg. Prutsch: „Die Liebe ist für alle gültig.“)*)

Folgende Überlegungen: Das, was ich jetzt in den letzten Monaten wahrgenommen habe und was sich da auch in dieser Sondersitzung abzeichnet, ich glaube man kann so das Selbstverständnis der steirischen Parteien sehr gut verdichtet präsentiert sehen. (*LTAbg. Majcen: „Das würde ich auch so sehen.“ (LTAbg. Mag. Drexler: „Ja, ich auch.“ (Weitere Zwischenrufe unverständlich)*) Die SPÖ ist hergegangen und hat zuerst plakatiert und inseriert u.z. klarerweise den Landeshauptmann mit der Ansage „Gratiskindergarten durchgesetzt!“ Bei allem Respekt vor dem Projekt, hinter dem die Grünen vollinhaltlich stehen und wir werden die Regierungsvorlage auch mitbeschließen, war es dann interessanterweise die Landesrätin plus die Landtagsabgeordneten, die im Sommer mit massiver Unterstützung durch die Verwaltung, wie sowohl die zuständige Abteilung als der Verfassungsdienst sich bemüht haben, dieses Gesetzeswerk auf die Reihe zu bringen. Also zuerst die PR und dann die Legislative. Und ich hätte es von der Systematik einfach sehr gern umgedreht gehabt. Bei der ÖVP, nachdem der Christopher Drexler so „drauf steht“, dass ich ihm Noten gebe offenbar und er mich dazu gerade aufgefordert hat: Christopher, ich weiß bei deiner Partei beim besten Willen nicht, wohin die Reise geht. Wir haben da drüben im Rathaus eine schwarz-grüne Koalition mit Freuden und zuweilen für mich persönlich auch mit heftigen Leiden. Auf der Landesebene weiß ich überhaupt nicht, wie ihr aufgestellt seid. Und der Kollege Gödl geht heraus und verwendet innerhalb seiner 20-minütigen Rede 5-mal den Begriff „Monsterprojekt“, (*LTAbg. Gödl: „Großer Geldsack.“*) wobei ich nicht weiß, was

er mit Monster genau meint und im gleichen Satz sagt er „Meilenstein“. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Umgangssprachlich für groß.“) Die Bundes-ÖVP erfreut uns mit einem Elterneinkommen unter Anführungszeichen nach skandinavischem Modell, nämlich dass Eltern 80 % des Einkommens in der unter Anführungszeichen Karenzzeit bekommen. Das ist eine Forderung von Teilen der SPÖ und von den Grünen und von den Liberalen, die die ÖVP jahrzehntelang vehementest bekämpft hat. Zur KPÖ muss ich sagen, dass die KPÖ in dem Bereich – verkörpert durch die Claudia Klimt-Weithaler – einfach am kontinuierlichsten und auch am nachhaltigsten gearbeitet hat wirklich seit Anbeginn der Zeit, wo ihr im Landtag seid. Von dir sind glaube ich auch einige sehr qualitativ wertvolle Anregungen in diese Diskussion eingekommen.

Folgendes: Die Grünen, oder das ist mir ein besonderes Anliegen, ich möchte diese Debatte, die wir unter dem Titel „Gratiskinderbetreuung“ führen, ein bisschen wegbringen von diesem Begriff „gratis“ und wieder mehr hinbringen in die Frage: Wie kann man Qualität in unterschiedlichen Formen der Kinderbildung sichern? Ein Hauptargument – und ich habe in den letzten Wochen Einiges an Kontakten und Telefonaten gehabt, die nicht immer angenehm waren – mit dem man kontern kann, wenn Leute sagen: Ist es aus verteilungspolitischer Sicht nicht problematisch, dass wohlhabende Eltern genauso wie finanziell schlecht gestellte Eltern die Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren unentgeltlich betreut und gebildet haben können? Das einzige schlüssige Hauptargument ist, dass man sagt: Kinderbetreuung ist nicht nur Betreuung, sondern es ist ein Bildungsangebot. Vonseiten der Grünen stehen wir einfach zu einer hochqualitativen Bildungslandschaft, weil das schlichtweg arbeitsmarktpolitische Effekte hat, wirtschaftspolitische Effekte hat und möglicherweise auch demokratische Effekte hat. Ich möchte jetzt noch ganz kurz etwas sagen zu diesem Imagewechsel und ich hoffe, der findet statt, weil es mir sehr schwer fällt, diese Debatte nur unter dem Schlagwort „Gratiskinderbetreuung“ zu führen. Ich finde Begriffe wie „Kindergartentante“ für absolut problematisch, sie werden nach wie vor verwendet und Sie wissen, dass die Frauen und Männer in diesem Bereich oft gesellschaftlich nicht gerade sehr geschätzt werden, bildet sich z.B. auch an dem schlechten Einkommen von Leuten in dem Bereich ab. Ich halte es für hochproblematisch, wenn man in diesem Bereich bestimmte qualitätssichernde Maßnahmen nicht sicherstellen kann. Ich denke etwa an die Integration von Migranten und Migrantinnen, ich denke an die Tatsache, dass wir ganz ganz wenig Personen mit Migrationshintergrund haben, die in diesem Bereich professionell arbeiten, was mich jetzt zur zweiten Gesetzesnovelle führt, über die noch niemand etwas gesagt hat. Diese zweite Novelle, da geht es nämlich um die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen. Ich beschäftige mich inhaltlich sehr stark mit dieser Frage, weil es da einfach darum geht, dass man qualifizierte Migranten und Migrantinnen die Möglichkeit gibt, auf unserem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und zwar in dem Bereich, in dem sie tatsächlich ausgebildet sind. Und es ist strukturell ein ziemliches Armutszeichen in Österreich, dass wir, um diese EU-Berufsqualifikationsrichtlinie umzusetzen, die diesen Transfer von Qualifikationen erleichtert, ca. 170 Normen ändern müssen auf

der Bundes- und auf den 9 jeweiligen Landesebenen und zwar vom Bereich Kinderbetreuung – das ist eben die Novelle, die wir jetzt beschließen werden – bis hin zur Frage Anerkennung von Hebammenausbildungen bis zu den Sozialbetreuungsberufen, die wir vor kurzem im Haus gehabt haben.

Dritter Punkt, das was für uns auch ein Thema war, das uns systematisch verfolgt, die Frage des Baufonds. Ich halte es für unglaublich und das glauben einem außenstehende Leute ja eigentlich nicht, wenn man sagt: Sie wissen eh, wenn Sie in der Steiermark einen Antrag stellen, weil Sie als Erhalter Mittel aus dem Baufonds haben wollen, dann checkt das die Landesregierung entlang dem Proporzsystem. Und ob Sie wollen oder nicht, werden Sie als Erhalter als rot oder schwarz definiert. Genau diese Art der Mittelvergabe, die sich dadurch abbildet, dass die Landesrätin Vollath für die „roten“ Baufondsmittel zuständig ist und der Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer für die „schwarzen“ Baufondsmittel ist ein Ausdruck von einem absolut ungesunden Proporzsystem, das wir in der Steiermark haben und ich werde dazu anschließend einen Entschließungsantrag bringen, dass man die Mittel schlichtweg bedarfsorientiert auszahlt. Wenn am Anfang jetzt einmal 20 schwarze Gemeinden drankommen, oder 20 rote Gemeinden drankommen, oder 20 Namenslisten-Gemeinden drankommen, ist mir das so was von „wurscht“, weil es schlichtweg um eine bedarfsorientierte Logik geht. Wenn die anderen Fraktionen rot und schwarz diesen Antrag auf Entschlackung des Baufonds in Richtung gerechte Auszahlung der Mittel beitreten könnten und diese jahrzehntelange Tradition ein Stückchen aufmachen im Jahr 2008, würde uns als Grüne das sehr freuen.

Eine Sache noch, wir werden anschließend einen Antrag einbringen, den wir, wenig kreativ – gebe ich zu, einfach von der ursprünglichen Regierungsvorlage von der Frau Landesrätin, von dir, übernommen haben, nämlich Gratiskinderkrippen, sprich eine unentgeltliche Betreuung und Förderung für die 0 bis 3-Jährigen. Wir bringen diesen Antrag ein, weil das einfach in unserem Verständnis ein Stückchen Gleichbehandlung zwischen kleinen Kindern bedeutet. Es ist mir auch klar, dass dieses Krippenangebot eines ist, das hochideologisch geführt wird und wo die ÖVP oft nicht besonders interessiert und begeistert ist bzw. Teile der Konservativen auch sozial- oder familienpolitischen Landschaft, aber es ist unglaublich, dass Österreich im Vergleich im Bereich Kinderkrippen sogar im Österreichvergleich absolut weit hinten nachhinkt.

Eine Sache, die ich auch noch ansprechen möchte, weil es einfach eine tagesaktuelle Geschichte ist, das ist natürlich das Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. Es hat in den letzten Tagen massive Interventionen und Lobbying gegeben vonseiten der privaten Trägereinrichtungen. Kurz gesagt, die Leute, die Kinder in die privaten Einrichtungen geben, sind Leute, die das aus ganz unterschiedlichen Motiven machen, aber ich kenne viele viele Grüne, die aus der reformpädagogischen Ecke kommen und die Kinder in privaten Einrichtungen haben und detto bei vielen Leuten, die ÖVP-nahe sind. Und es ist mir dennoch wichtig darauf hinzuweisen, dass wir uns von Grüner Seite eine Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Einrichtungen wünschen.

(*LTA*bg. Mag. Drexler: „*Sie haben aber dagegen gestimmt heute.*“) Es ist dezidiert nicht anzuerkennen, dass die Privaten zwar die volle Landesförderung lukrieren – die volle Landesförderung lukrieren – aber zusätzlich noch Elternbeiträge einheben dürfen. Da kommt sich jede öffentliche Einrichtung daneben einfach blöd vor. Ich möchte das ganz klar aussprechen, obwohl ich weiß, dass Leute von privaten Einrichtungen auch im Zuschauerraum sind, wir werden dieser Ungleichbehandlung nicht zustimmen, weil das bedeuten würde, dass jede Gemeinde und jeder öffentliche Erhalter, der seine 7 Zwetschken beieinander hat, hergeht und diese Einrichtung privatisiert, weil man dann das Privileg der erhöhten öffentlichen Förderung hat (*LTA*bg. Gödl: „*Die Gemeinden sind nicht so böse.*“) ... plus zusätzlich höhere Elternbeiträge lukrieren kann. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „*Die bösen Gemeinden gibt es nicht.*“) Zu den privaten Kinderbetreuungseinrichtungen: Ich erinnere mich ziemlich genau, dass das ein Thema war, dass ich im Unterausschuss zur Sprache gebracht habe, nämlich wie man die privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen den Kommunen und diesen privaten Trägern so auf die Beine stellt, dass da ein Stückchen Anbotslandschaft gewahrt wird und dass es gleichzeitig zu einer Gleichbehandlung kommt. Diese Frage ist dort von der ÖVP auch aufgenommen worden, allein es gab von deiner Partei, Christopher, keinen einzigen nachvollziehbaren Vorschlag, wie man mit dieser Situation umgeht.

Stichwort Kommunen, Stichwort Rathaus, Magistrat Graz: Von Grüner Seite wissen wir, dass es eine positive Stellungnahme vom zuständigen Stadtrat zu dieser Gesetzesnovelle gibt, die stammt noch aus dem Sommer. Und von Grüner Seite wissen wir aber auch, dass es in der Stadt Graz etliche private Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, die jetzt möglicherweise unter Druck kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, privat ist nicht privat. Es gibt kleine Einrichtungen, die oft aufgrund von Elterninitiativen ehrenamtlich mühsamst „dahingrobblen“ (*LTA*bg. Mag. Drexler: „*Ja, genau!*“) und es gibt große Einrichtungen, die teilweise parteipolitisch zuordenbar sind, die ich mit diesen kleinen Einrichtungen nicht gleichsetzen würde. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „*Hast du dir die Liste angeschaut, welche das sind?*“) Es geht einfach auch darum, dass man offen legt, wie diese unterschiedlichen privaten Träger mitlukrieren und wie sie bestimmte Zusatzleistungen von der öffentlichen Hand bekommen. Es gibt manche privaten Träger, denen wird die Liegenschaft zur Verfügung gestellt, denen werden Infrastrukturkosten abgegolten, da gibt es bis hin zu bestimmten zusätzlichen Finanzierungen, was sozusagen Zusatzaktivitäten betrifft von den jeweiligen Kommunen, ein großzügiges Angebot und es gibt private Betreiber, wo man superkritisch hinschaut und die genau diese Zusatz- oder Naturalleistungen, sage ich einmal flapsig, von der öffentlichen Seite nicht bekommen. In Graz wird die Situation so sein, dass zum Glück dieses einheitliche Tarifsystem, in das viele Private in den letzten Jahren oder in letzter Zeit gerne hineingegangen wären, allein es wurde ihnen verwehrt, jetzt wieder aufgemacht wird. Ich hoffe, diese Information hält. Und den Vorschlag, den die ÖVP jetzt im Ausschuss gemacht hat, diesen Ausschussantrag, der ist im Ausschuss in der Minderheit geblieben. Erstens einmal, weil das ein Ausschussantrag war, der relativ oft modifiziert

worden ist, was aber nicht gegen den Ausschussantrag stimmen würde, Christopher, da hast du völlig recht, sondern weil dieses ÖVP-Modell ein völlig neues System wäre. Das würde nämlich heißen, dass damit dieser Gratiskinderbetreuung von 3 bis 6 komplett aufgemacht wird und das würde auch heißen, dass man sich voll auf die personenbezogene Förderung über zunehmend starke Elternbeiträge fixiert und das ist ein völlig anderes Modell, als jetzt das ist, das wir als Novelle – ich gehe davon aus – einstimmig beschließen werden. (*LTabg. Mag. Drexler: „Für die Eltern ist das „wurscht“. Das sind rechtsdogmatische Erwägungen. Hier geht es ums Ergebnis!“*) Christopher, nachdem du rechtlich ja ganz weit vorne bist und ich dich da zuweilen auch bewundere, weißt du aber, dass es ein gewaltiger Unterschied ist, ob man ein System macht, wo ein Gesetz so ausgestaltet ist, dass bis auf den Euro genau drinnen steht, wer wie viel Förderung kriegt und die Leute sich darauf verlassen können. Und da geht es für mich um ein Stück Vertrauensschutz für die Kommunen und die Erhalter. Für die war es in den letzten Monaten absolut „unlustig“, weil die wirklich nicht gewusst haben „wohin die Reise geht“, für die betroffenen Eltern und für die Leute, die in dieser Branche arbeiten. Und wie gesagt, teilweise mit Löhnen, die absolut nicht adäquat sind und das ist ein stark frauendominierter Bereich, was sich einfach auch in einer schlechten Bezahlung leider Gottes abbildet.

Eine Sache, die ich noch ansprechen möchte: In Graz, wie gesagt, gehen wir davon aus, dass es ein neues Fördersystem brauchen wird, wo man auch bestimmte Zusatzleistungen von Seiten der Stadt Graz finanziell übernimmt. Die Stadt Graz erspart sich „Daumen mal Pi“ 2 1/2 bis 3 Millionen Euro durch diese Landesförderung in dem Bereich Kinderbetreuung. Ich erwarte mir einfach von Grüner Seite, dass die Stadt Graz da und zwar im Idealfall parteienübergreifend sich eine kluge Neuausschüttung dieser Mittel überlegt. Da wird es einfach eine Schwerpunktsetzung geben müssen. Ich wäre natürlich sehr froh, wenn diese Schwerpunktsetzung auch in Richtung Integrationsmaßnahmen gehen würde, ich wäre natürlich sehr froh, wenn das auch in Richtung bessere Unterstützung von Einrichtungen gehen würde, die innovativer arbeiten. Aber das ist eine Sache, die man einfach im Rathaus entsprechend verhandeln wird.

Zuletzt noch die Sache, die mir auch noch ein Anliegen ist anzureden: Wie gesagt, dieses Gesetz ist unter einem sehr großen Zeitdruck verhandelt worden. Es sind jetzt zum Glück auch die Tagesmütter, die Tageseltern hineinreklamiert worden. Es hat zwischendurch steuerrechtliche Fragen gegeben, die jetzt aber so gelöst sind, dass sie glaube ich auch für die Gemeinden und die Erhalter gut erträglich sind. Da geht es einfach um die Frage des Vorsteuerabzugs bei der Umsatzsteuer. Da gibt es ein Gutachten, das auch in diese Novelle eingeflossen ist. Und es wird aber sicher auch einen Novellierungsbedarf, vermute ich jetzt einmal, im Bereich Behindertenrecht geben, weil mir diese Schnittstelle zwischen diesem Gesetz und dem Behindertengesetz im Moment noch nicht klar ist. Ich denke auch, dass dieses Gratiskindergartenprojekt, wenn wir bereits und jetzt auch parteienübergreifend einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass auch kleine junge Menschen ein Recht auf eine adäquate Bildung haben.

Und kurz noch zum Walter Kröpfl: Diese Studiengebühren-Geschichte ist mir ehrlich gesagt ein bisschen auf die Nerven gegangen, weil die SPÖ und die ÖVP genau weiß, dass die Parteien, die sich systematisch gegen Studiengebühren ausgesprochen haben, einfach die Grünen waren und jetzt in der zu Ende gehenden Legislaturperiode im Nationalrat, also auch als die große Koalition völlig weggebrochen ist, hat sich immer noch Gusenbauer in einer Kooperation mit Broukal hingestellt und hat für die Studiengebühren argumentiert – auf den Unis natürlich. Und das ist etwas, was für mich nicht nachvollziehbar ist. Und da wünsche ich mir einfach, dass die ÖVP teilweise transparenter agiert. (*LTAbsg. Mag. Drexler: Bitte, die ÖVP argumentiert bei den Studiengebühren völlig transparent.*“) Entschuldigung die SPÖ. Entschuldigung. Die SPÖ bereit ist, in diesem Bereich einfach bei dem zu bleiben, was sie im Wahlkampf beschließt.

Noch eine Sache ganz zum Abschluss: Wie gesagt, wir erwarten uns, dass diese Debatte nicht nur auf der Ebene von Gratiskinderbetreuung für alle geführt wird, sondern eine massive Aufwertung der gesamten Kinderbetreuungspädagogik mit sich bringt, mit einem starken bildungspolitischen Akzent und wir erwarten uns auch, dass man sich von arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Seite anschaut, wie dieses Modell, dieses Projekt sich in Realität auswirkt. Wie gesagt, ich werde anschließend einen Abänderungsantrag einbringen. Für eine unentgeltliche Betreuung und Förderung der 0- bis 3-Jährigen und einen Entschließungsantrag für eine nicht proporzgebundene Ausschüttung der Mittel aus dem Baufonds und bedanke mich in diesem Sonderlandtag für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 11.57 Uhr*)

Präsident: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg. Ich erteile es ihm.

LTAbsg. Dr. Murgg (11.57 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf noch den 2. Entschließungsantrag der KPÖ vorstellen, vorher doch noch vielleicht das eine oder andere Wort zur bisherigen Debatte.

Ich verstehe die ÖVP nicht ganz und da muss ich mich bei meiner Vorrednerin anschließen, besonders den Kollegen Gödl. Also zuerst haben wir uns alle gemeinsam glaube ich auf die Schulter geklopft und sind doch froh, dass wir dieses Stück heute beschließen können. Sie schauen so entgeistert.

(*LTAbsg. Mag. Drexler: „Ich weiß nicht was Sie haben. Ich warte was kommt.“*) Der Kollege Gödl hat eigentlich damit aufgehört mit der Frage, ob das Ganze nicht doch ganz anders gemacht werden könnte, beispielsweise dass man diese 30 Millionen für einen Ausbau der Gruppen verwendet. Er hat gesagt, wir brauchen nicht den billigsten, sondern den besten Kindergartenplatz. D'accord, aber für mich ist da doch ein bisschen mitgeklungen, dass man hier mit Gewalt wieder ein Haar in der Suppe finden will (*LTAbsg. Gödl: „Das war meine persönliche Anschauung.“*) und ich glaube, das ist nicht

gut und richtig. (LTAbg. Mag. Drexler: „Was heißt ein Haar in der Suppe? Sie stellen einen eigenen Entschließungsantrag, weil Sie etwas ändern wollen! Was heißt, wir finden Haare in der Suppe?“) Natürlich finden Sie Haare in der Suppe und ich finde kein Haar in der Suppe. Wir bekennen uns zu diesem Antrag, wie er beschlossen wird.

Wir stellen einen Entschließungsantrag, den ich jetzt vorstelle, dazu, dass wir die Finanzierung des gesamten Kindergarten- und Kinderkrippenwesens – und dazu komme ich dann – auf ich will nicht sagen andere Füße stellen wollen, aber ihnen auch ein neues Standbein geben wollen. Darum geht es. Aber danke für das Stichwort ich bin jetzt eh bei meinem Entschließungsantrag. Wie gesagt, heute ein großer Schritt in Richtung leistbare Kindergartenplätze für alle steirischen Familien. Aber ich glaube, hier wird in Zukunft noch einiges zu tun sein. Wir wissen alle, dass, wenn jemand nun einen Kindergartenplatz für ein 3 bis 6 jähriges Kind bekommt, er zwar sein Kind gratis in den Kindergarten bringen kann, aber in sehr vielen Gemeinden und Regionen der Steiermark gibt es oft überhaupt kein Angebot und wenn dann oft viel zu wenig. Das wissen wir alle und deswegen ist ja auch beschlossen worden diesen so genannten Baufonds zu erhöhen. Aber ich glaube diese Erhöhung wird für den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung nicht ausreichen und deswegen meine ich und denken wir von der KPÖ, wir müssen in Zukunft darüber verstärkt nachdenken, die Finanzierung der Kinderbetreuung nicht nur der öffentlichen Hand zu überlassen, sondern auch denjenigen, die davon profitieren, dass genug Kinderbetreuungsplätze angeboten werden. Das sind die Mittel- und Großbetriebe die ja davon profitieren, dass sie ArbeiterInnen bekommen. Aber sie bekommen sie oft nur deswegen, weil eben, was uns alle freut, vermehrt Frauen in den Arbeitsmarkt einsteigen können, weil es eben eine Kinderbetreuung gibt. Sonst müssten sie oft, wir kennen die gesellschaftlichen Zustände, zuhause bleiben, weil sie eben niemanden finden, der auf das Kind aufpasst. Dass es nicht so ist, ist gut, aber es kann nicht so sein, dass diese Kosten allein die öffentliche Hand übernimmt, sondern es wäre höchst an der Zeit, dass hier von betrieblicher Seite eine Mitverantwortung übernommen würde. Wenn ich so in der Steiermark das Auge schweifen lasse, dann sieht man, was die Kinderbetreuungsplätze auf betrieblicher Ebene betrifft, dass wir ganz, ganz schlechte Rahmenbedingungen haben. Meines Wissens gibt es bei der KAGES einen Betriebskindergarten, es hat einmal einen bei Kastner&Öhler gegeben, der existiert meines Wissens nicht mehr. Ich glaube, einige Thermenbetriebe bieten Betriebskindergartenplätze an und das war es dann. Also die wirklich großen steirischen Betriebe, VOEST, AT&S, Magna, die Handelsketten, die riesige Gewinne erwirtschaften, verabschieden sich alle von dieser gesellschaftlichen Aufgabe derartige Betriebskindergärten anzubieten. Der Kollege Gödl hat heute auch davon gesprochen, über das Geld, das wir in die Hand nehmen und wo das Geld herkommt. Sehr richtig, wir bekennen uns dazu, dass hier öffentliche Mittel in den Ausbau und in das Gratisangebot der Kindergärten fließen, aber es muss erlaubt sein zu fragen, auf wessen Rücken diese Finanzierung erfolgt? Auch das ist heute schon gesagt worden. Das eine ist heute der Steuertopf, die öffentliche Hand und das zweite, dass das alles

funktioniert, weil jetzt in den Sommerferien auch die KindergärtnerInnen und PädagogInnen zum Dienst herangezogen werden können. Also der zweite Punkt auf dessen Rücken das finanziert wird, sind die Beschäftigten. Sie wissen alle, es sind die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten insofern verschlechtert worden, dass sie einfach auf einen Teil des Urlaubes verzichten müssen, mit demselben Verdienst. Deswegen waren auch die KPÖ und die Grünen seinerzeit bei der Änderung dieser Rahmenbedingungen und dieser Beschäftigungsverhältnisse nicht dabei, wie diese Gesetzesnovelle beschlossen worden ist. Also noch einmal, es kann nicht sein, dass nur die öffentliche Hand zahlt und die KindergartenpädagogInnen müssen das ausbaden. Es ist höchst an der Zeit, dass die Mittel- und Großbetriebe vor allem hier ihren Obolus zahlen. Wenn ich mich jetzt erinnere, was in den letzten Wochen passiert ist. Wir erinnern uns alle an den Betrieb Magna, der jetzt wieder aufgrund einer Flaute am Automobilmarkt hunderte Arbeitsplätze freisetzt. Ich habe mir das heute Vormittag noch angeschaut, dieser Betrieb bekommt alleine vom Land Steiermark bis zum Jahr 2012 Fördermittel in der Höhe von 7,5 Millionen Euro, das ist ein ganz schöner Patzen Geld, also 100 Millionen Schilling. Betriebskindergarten gibt es dort, ich hätte fast gesagt selbstverständlich, keinen, also nur damit man auch die Kostenrelation einmal hat, wenn der Herr Kollege Gödl meint, das ist sehr viel Geld was wir heute beschließen und ausgeben, muss man auch schauen wo Geld vielleicht von ihrer Seite ohne Kommentar oft sehr leichtfertig ausgegeben wird und wo man nicht von Monsterprojekten spricht und aufruft alles noch einmal zu überdenken.

Deswegen wollen wir hier heute den Antrag stellen, dass der Landtag beschließen wolle:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen um Mittel- und Großbetriebe, die keine Betriebskindergärten einrichten, zu einer Kindergartenabgabe zu verpflichten. Die durch diese Abgabe aufgebrachten Mittel sollen für Ausbau- und Aufrechterhaltung von Kinderbetreuungsplätzen zweckgewidmet werden. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.06 Uhr)*

Präsident: Danke, meine Damen und Herren der Lärmpegel hat sich in den letzten Minuten sehr erhöht, ich bitte daher, große Aufmerksamkeit den Debattenrednern zuzuwenden und längere und heftigere Gespräche außerhalb des Sitzungszimmers zu führen. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Detlef Gruber.

LTabg. Detlef Gruber *(12.07 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebe Landesrätinnen!

Die Vater- oder Mutterschaftsdiskussion zu diesem Meilenstein in der Pädagogik werde ich von hier aus nicht führen, auch über Wahlzuckerl hin oder her habe ich nicht vor zu sprechen. Die Chronologie der Abläufe zeigt ohnehin, dass das alles nicht stimmt und einige Bemerkungen zu diesem wirklichen Meilenstein der Familienpolitik seien mir gestattet. Herr Kollege Gödl, die Kritik über den Ablauf des letzten Gratiskindergartenjahres, so wie wir es in der letzten Zeit gehabt haben, habe ich schon bei den

Unterausschussverhandlungen und auch bei den anderen Verhandlungen nicht verstanden. Aber eines möchte ich hier schon betonen. Das war ja ohnehin nur eine Etappe auf dem Weg zum Ziel, auf dem Weg zum Ziel das wir heute beschließen. Eines verstehe ich nicht, auf der einen Seite wird der Politik immer wieder vorgeworfen zu träge zu sein, nicht handlungsfähig zu sein und dann gibt es endlich einmal eine couragierte Landesrätin, die die Probleme erkennt, die Sache beim Schopf anpackt und wohl überlegt und gut vorbereitet handelt und dann geht es zu schnell. Das verstehe ich nicht ganz! (*Beifall bei der SPÖ*) Wie ich auch den Finanzierungs-Zickzack unserer Mitbewerber nicht immer verstehe. Bemerkenswert ein Schreiben! Sehr geehrte Frau Landesrätin – über den Autor werde ich dann zum Schluss Auskunft geben – kostenloser Zugang für alle Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren zu den Kinderbildungseinrichtungen und zu ihrer Forderung nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes an vorschulischen Bildungsmaßnahmen wird vorweg darauf hingewiesen, dass die angesprochenen Materien in den Aufgabenbereich der Länder und nicht des Bundes fallen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel erhalten die Länder ohnedies bereits über den Finanzausgleich. Weiter hinten dann noch, sowohl die Länder als auch die Gemeinden, Kollege Gödl, gut zu hören, verfügen daher über genügend Eigenmittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Antwortschreiben auf das Schreiben unserer Landesrätin Bettina Vollath vom 18. Juni 2008 von Herrn Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer, Bundesministerium für Finanzen - zur Klärung dieser Geschichte. Meine Damen und Herren, ein Freudentag für mich als Abgeordneter, als Pädagoge. Ein Freudentag für Eltern und Kinder, aber, das möchte ich schon auch von hier aus sagen, nur ein Mosaikstein auf dem Weg zur familienfreundlichen Politik. Ein Freudentag mit einer ganz einfachen Formel. Die bisherige Personalförderung des Landes wird erhöht, wenn auf Einhebung von Elternbeiträgen verzichtet wird. Und daher ein Freudentag für die Gemeinden. Im neuen Modell gibt es da eindeutige Zahlen. So z.B. hat die SPÖ Gemeinde Trautmannsdorf Mehreinnahmen von rund 10.000 Euro zu erwarten, die ÖVP Gemeinde Gleisdorf Mehreinnahmen von 56.000 Euro. Herr Kollege Gödl, auch bei Dir sind es rund 10.000 Euro Mehreinnahmen. Die Gemeinde Retznei, meine Gemeinde, wird etwa 19.000 Euro Mehreinnahmen im Jahr dadurch haben und wir haben auch schon ausgemacht, was wir damit machen. Wir werden das zur Gänze in die musikalische Früherziehung unserer Jüngsten investieren. (*Beifall bei der SPÖ*) Es wird also die Frage sein, was die Gemeinden mit den Mehreinnahmen tun und ob sie es verantwortungsvoll in pädagogische Maßnahmen einsetzen. Die Sorge natürlich, die wir auch immer wieder gehört haben, dass private Einrichtungen, die Anspruch auf Förderungen haben, durch die Einmalzahlungen in Schwierigkeiten kommen, die werden natürlich zur Kenntnis genommen. Daran wird die Fachabteilung mit Sicherheit arbeiten, dass es zu Akontierungen kommen wird und das ist natürlich selbstverständlich, dass Lohnzahlungen und Betriebskostenaufwendungen, vor allem in dieser schwierigen Übergangsphase, nicht erst in einem Jahr oder einem halben Jahr erledigt werden können. Aber da habe ich größtes Vertrauen in die zuständigen Abteilungen, die wie bis jetzt, wie auch in der Vorbereitung zu diesem Gesetz,

hervorragend gearbeitet haben. Die Frau Landesrätin hat auch in Gesprächen mit dem Landesverband der Kindergartengruppen bzw. mit dem Berufsverband der steirischen KindergartenpädagogInnen eindeutige Signale erhalten, dass diese Maßnahmen richtig und gut sind. Ich kann nur die Bitte aussprechen, nicht dem typischen österreichischen Muster – und die Steiermark ist ja ein Teil Österreichs wie wir alle wissen – nämlich dem Muster der Raunzer (*LTabg. Majcen: „Suderer!“*) zu verfallen. Denn immer wenn etwas Gutes eingeführt wird, dann wird gejammert und geraunzt und bevor man an die Sache gehen kann, schon alles schlecht gemacht. Geben wir diesem tollen neuen System die Chance, die es verdient hat. Beste Bildung für unsere Jüngsten in unserem Land und vor allem eine wesentliche Entlastung für die, die es brauchen, nämlich die Eltern unserer Kinder. (*Beifall bei der SPÖ*) Und wen ich vorher davon gesprochen habe, dass das ein Mosaikstein auf dem Weg zur familienfreundlicheren Politik in unserem Land ist, dann möchte ich jetzt den Entschließungsantrag einbringen.

Im Unterausschuss "Kindergarten" wurde am 31.7.2008 nach eingehender Beratung ein Beschluss gefasst, das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz über die vereinbarte Novelle für die 3- bis 6-Jährigen hinaus, auch für die Altersgruppe der 0- bis 3-Jährigen weiter zu verhandeln. Ziel soll die Gratiskinderbetreuung für die 0- bis 3-jährigen Kinder sein, um auch hier bestmögliche Bedingungen für Kinder und deren Eltern zu schaffen und die damit verbundene Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben ausreichend zu gewährleisten. Dieser Beschluss wurde auch heute im Ausschuss einstimmig getroffen.

Und daher möchte ich den Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Der Unterausschuss "Kindergarten" tagt mit dem Ziel weiter, die kostenlose Kinderbetreuung auch für die 0- bis 3-Jährigen zu erreichen und eine Lösung für Privatkindergärten unter Einbeziehung und Kooperation mit den Kommunen sicher zu stellen.

Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ – 12.16 Uhr*)

Präsident: Danke dem Herrn Abgeordneten.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Drexler. Ich erteile es ihm.

LTabg. Mag. Drexler (12.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dem Detlef Gruber zuzuhören, da kann man ja den Eindruck haben, es wird überhaupt zum internationalem Feiertag ausgerufen werden der heutige Tag. (*Beifall bei der ÖVP*) Aber es ist nicht alles zu befeiern in diesem Zusammenhang. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen nicht an zu sagen, dass die grundsätzliche Beschlussfassung am heutigen Tag natürlich außerordentlich zu begrüßen ist. Die langwierigen Verhandlungen die es gegeben hat, hier einmal zum Teil zu einem

guten Ergebnis geführt haben. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Detlef Gruber sagt, er macht da jetzt nicht mit beim Vater- und Mutterschaftsspiel, wer da jetzt wirklich dafür verantwortlich ist und dann nachher zu loben und zu preisen. Ich werde jetzt tatsächlich nicht an diesem Spiel mitmachen. Und wenn er sagt, die Chronologie spricht Bände, dann sage ich, jawohl, die Chronologie spricht eben Bände. Weil der Ernst hat darauf hingewiesen, dass wir noch 2006, als es bloß um das letzte Kindergartenjahr gegangen ist, und dieses für alle gratis zu machen, wortreich von der Sozialdemokratie gehört haben, dass das nicht geht, sondern, dass man da eine soziale Staffelung machen muss und dass die gut Verdienenden das nicht bekommen sollen. Das waren dann zwar nur 10 % oder weniger, aber da musste das unbedingt anders sein. Schwamm drüber. Jetzt geht's grundsätzlich einmal darum, für die 3- bis 6-jährigen hier das generell zu verwirklichen. Umso erstaunter, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich dann aber schon, wenn wir heute am Vormittag im zuständigen Ausschuss einen Abänderungsantrag einbringen, wo wir eine neuerliche Ungleichbehandlung auf die entweder vergessen wurde, die man zu spät bemerkt hat oder wie auch immer. Wir wollen jedenfalls, dass alle Eltern in der Steiermark gleichgestellt sind. Egal, ob sie in einem städtischen Kindergarten, einem Gemeindekindergarten oder einem Privatkindergarten untergebracht sind. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das aus gutem Grund. Wir haben nicht irgendeinen Antrag eingebracht, liebe Frau Kollegin Zitz. Dieser Antrag wäre heute zu beschließen. Eine pragmatische Lösung ist stundenlang durchgearbeitet worden, dass da alles passt und hätte im Ergebnis schlicht und ergreifend die Folge, dass alle Eltern gleichbehandelt worden wären. Aber leider, dieser Antrag hat im Ausschuss und dem Vernehmen nach wird er auch hier im Plenum keine Mehrheit finden. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ich Ihnen da gleich allfällige Argumente raube. Weil da wird natürlich, haben wir ja heute schon gehört, ein bisschen so argumentiert, na ja quasi, wer wird denn schon in einen Privatkindergarten gehen. Das sind ja nur Angebote für die oberen Zehntausend oder ähnliches. Tatsache ist, dass wir in Graz eine Situation haben, 60 Jahre sozialdemokratische Verantwortung für die Kindergartenpolitik in dieser Landeshauptstadt – 60 Jahre -, die es nicht zustandegebracht hat, ein ausreichendes Angebot an öffentlichen Kindergärten in dieser Stadt zu schaffen. Und deswegen können wir nur dankbar sein, dass es private Kindergärten und Initiativen gibt. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich habe es heute im Ausschuss am Vormittag schon einmal gesagt. Suchen Sie einmal als Jungfamilie in Andritz einen Kindergartenplatz in einem städtischen Kindergarten. Viel Glück und ein schönes Wetter. Es wird Ihnen nämlich nicht gelingen. Es wird Ihnen nicht gelingen.

Dann werden sie „zuwizittern“, ob sie vielleicht bei einem der privaten Angebote unterkommen sozusagen. Nicht aus freien Stücken, nicht aus elitärem Gehabe, sondern aus der schlichten Notwendigkeit, weil Sie einen Kinderbetreuungsplatz für Ihr Kind wollen, den Ihnen die Stadt bis zum heutigen Tage nicht in ausreichendem Umfang garantieren kann. Da könnte ich Ihnen hunderte Geschichten erzählen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt stellen sie sich her und sagen

die, die entweder aus freien Stücken oder aus Zwang nur in einem privaten Kindergarten ihre Kinder unterbringen können, die tun wir bei aller Lobhudelei am heutigen Tag, wie super die Geschichte ist, einmal zur Sicherheit ungleich behandeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist mehr als ein Haar in der Suppe. Herr Kollege Murgg, ja das ist ein erheblicher Schönheitsfehler. (*Beifall bei der ÖVP*) Wir hätten das Gesetz ja heute gar nicht mehr anders beschließen können, als es im Unterausschuss vereinbart worden ist, ja, sie wissen warum? Weil es gibt ja schon vor Beschlussfassung im Landtag die Broschüre wo das Gesetz beschrieben wird. Frau Landesrätin, da appelliere ich an Ihr rechtsstaatliches Gewissen. Das halte ich dann doch für relativ keck. Sie zitieren in einer Broschüre schon ein Gesetz, das irgendwann in zwei Stunden oder in einer Stunde beschlossen wird. (*Landesrätin Dr. Vollath: „Das nennt man gute Vorbereitung!“*) Das nennt man gute Vorbereitung? Wissen Sie, hätten Sie diese Energie für die gute Vorbereitung in die Vorbereitung ihrer Regierungsvorlage investiert, dass man heute dann keine weißen Flecken mehr auf der Landkarte des Gratiskindergarten hätte, da wäre Ihre Energie gut aufgehoben gewesen und nicht beim Herstellen von irgendwelchen Verkaufsfoldern. (*Beifall bei der ÖVP*) Weil ich es noch einmal sage, ist das (*LTAbg. Kröpfl: „Was war mit dem ÖVP-Inserat am nächsten Tag?“*) Lieber Walter, wenn Du als SPÖ ein Inserat machst und sagst, na super, Landeshauptmann Voves und die geniale Landesrätin Vollath hat den Gratiskindergarten zum wiederholten Male durchgesetzt ist das Dein Kaffee, ja? Aber wenn das Land Steiermark eine Informationsbroschüre herstellt in der ein Gesetz beschrieben wird, dass im Landtag noch nicht einmal beschlossen worden ist, dann habe ich für meinen Teil ein Rechtsstaatlichkeitsproblem. (*Beifall bei der ÖVP*) Weil ich habe es schon ein paar Mal bei anderer Gelegenheit gesagt und eingefordert, eine gewisse Emanzipation des Landtages, die in Wahrheit schleichend eintritt, wenn man sich den parlamentarischen Prozess in diesem Haus in den letzten Jahren anschaut. Weil wir sehr oft, weil wir sehr oft im Ausschuss und im Unterausschuss Gesetze verhandeln und dergleichen mehr, und nicht nur mehr auf Regierungsvorlagen angewiesen sind, ja? Und es ist nun einmal so, dass ich ganz gern heute im Rittersaal im zuständigen Ausschuss noch eine Änderung dieses Gesetzes herbeigeführt hätte, ja? Hätte es heute zum Beispiel eine Mehrheit für diesen Abänderungsantrag im Ausschuss gegeben, was hätten wir dann damit gemacht damit? Hätten wir ein Beilageblatt gemacht oder was? Das meine ich damit und jetzt bringe ich formal auch im Plenum noch einmal unseren Abänderungsantrag ein, bezüglich die Privatkindergärten, er steht eh schon im System, ich darf das auch mündlich noch zu Protokoll geben, der hat jetzt die klingende Nummer 2224/9, inhaltlich hab ich ihn im Ausschuss auseinandergesetzt, er ist den Damen und Herren Abgeordneten im Pallast-System zugänglich seit gestern am Abend. Er gilt mithin als eingebracht, weil wir diese Ungleichbehandlung nicht einzementieren sondern weil wir diesen Abänderungsantrag heute beschließen wollen, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch ein paar kleine Hinweise. Anton Afritsch Kindergarten, sagt Ihnen vielleicht etwas wer Anton Afritsch ist - wer eine tiefere Kenntnis der Sozialdemokratie hat wird das wissen – schreibt, dass aufgrund des

Gratiskindergartenmodells das Kind nicht mehr den Kindergarten besuchen kann, weil es aus einer anderen Gemeinde stammt. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn so etwas gewollt ist, wenn das der Inhalt des sozialdemokratischen Feiertages für die heutige Beschlussfassung ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, dann müsste uns das außerordentlich zu denken geben. Ich hoffe, dass wir heute für unseren Abänderungsantrag eine Mehrheit haben und wenn das nicht der Fall ist, werden wir mit Sicherheit im zuständigen Unterausschuss darauf drängen, dass wir zu einer Lösung kommen. *(Beifall bei der ÖVP)* In aller gebotenen Kürze, eine Minute gesteht mir der Präsident noch zu laut der Digitalanzeige hier. Darf ich vielleicht kurz was sagen, ich habe jetzt einen Abänderungsantrag eingebracht, ich brauche nicht dazusagen, dass wir dem Antrag die Zustimmung geben werden. Es gibt einen Abänderungsantrag der Grünen, dem werden wir nicht unsere Zustimmung geben und zwar aus folgendem Grund. Erstens einmal: Ich weiß nicht, ob das eine Panne war oder geplant, den hätten wir auch im Ausschuss heute Vormittag diskutieren können, wäre ganz charmant gewesen wenn wir diesen nicht erst während der laufenden Sitzung bekommen hätten, obwohl ich Österreich lese, aber genau habe ich nicht gewusst, was da kommen wird. Dieser Abänderungsantrag konterkariert natürlich die Vereinbarung vom Unterausschuss, weil heute schon zu beschließen, ab September 2009 gilt dies und das, dann bräuchte ich im Unterausschuss nix mehr beraten. Also darüber werden wir im Unterausschuss beraten, daher werden wir dem entsprechenden Antrag der SPÖ, diese Unterausschussberatungen zu führen, auch zustimmen. Zum Antrag der KPÖ betreffend ersten 3 Jahre, da fordere ich bitte eine punktuelle Abstimmung ein, weil der Punkt 1 dieses Antrages, das ist der erste Absatz der Beschlussformel, den bezeichne ich jetzt als Punkt 1, der würde eine Beschlusstautologie aus meiner Sicht bedeuten, weil ich brauche nicht eine Regierungsvorlage einfordern, die es schon gibt. Ja, die gibt es ja schon und die Beratungen im Unterausschuss können zügig fortgeführt werden. Also insofern würde ich, dem ersten Teil Ihres segensreichen Antrages nicht die Zustimmung geben, dem zweiten aber schon. Der Dr. Murgg hat sich auch wieder als Antragssteller in die Annalen des Steiermärkischen Landtages eingetragen. *(Präsident: „Diese Minute wäre jetzt aus!“)*

Danke, mit der Kindergartenabgabe für Mittel- und Großbetriebe, das erscheint uns jedenfalls noch fernerer Durchdringung bedürftig und wird in dieser Form heute jedenfalls von uns abgelehnt, dafür werden wir dem Grünen Antrag weitgehend oder überhaupt zustimmen und dem SPÖ Antrag zu den heilpädagogischen auch und unserem eigenen Entschließungsantrag zur Novellierung des Steiermärkischen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes auch. Das wird alle wieder sehr überraschen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend ein Satz. Gott sei Dank beschließen wir dieses Gesetz heute, leider hat es noch immer erhebliche Mängel. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, keine Frage, haben wir alle irgendwie zusammen geholfen. Überall ist Vernunft eingezogen, ja jetzt haben wir wenigstens einmal ein Gesetz, das in dieser Form noch vor 2 Jahren hier nicht beschließbar war, auch gut, völlig egal, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber warum vergeben sie sich die

Chance auf den wahrlich großen Wurf, dass man keine Ungleichbehandlung bei den Eltern in der Steiermark hat, das kapiere ich nicht, aber sie werden es sicher noch wortreich begründen. Danke.
(Beifall bei der ÖVP – 12.28 Uhr)

Präsident: Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Breithuber, ich erteile es ihm.

LTabg Breithuber (12.28 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe KollegInnen, liebes Auditorium!

Für mich ist das heute ein Feiertag, nicht nur als Abgeordneter sondern auch als Bürgermeister, weil ich nämlich die Dinge, die heute passieren, ganz anders sehe. (LTabg Mag. Drexler: „Das ist schon verdächtig, wenn Sie das sagen!“)

Herr Klubobmann, ich habe extra den Urlaub unterbrochen um bei dieser Landtagssitzung dabei zu sein, weil es für mich ein Meilenschritt ist, (LTabg. Kainz: „Von Mexiko?“) nein nicht von Mexiko von Seiersberg und das heißt was. (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP) Ein Meilenschritt für unsere Kinder, darum geht es. Da geht es nicht um Broschüren oder wer hat früher das Kind erfunden sondern wirklich um unsere Jugendlichen und Kinder. In mir keimt aufgrund der Diskussion davor ein leiser Verdacht auf und Christopher, Du hast es ja fast bestätigt, dass einige Kommunen ihre Hausaufgaben nicht erfüllt haben. Hausaufgaben in der Form, dass ich allein schon bei der Raumplanung mitüberlegen müsste, wenn ich Bauland für das Wohnen ausweise, muss ich auch die Infrastruktur zur Verfügung haben.

D.h., Infrastruktur in der Kinderbetreuung und Bildung bzw. im Schulbereich, im Wasser-, Kanal- und Wegenetz. (LTabg. Mag. Drexler: „Jetzt wird das alles super werden in Graz. 60 Jahre, wir sind das Aufräumkommando!“) Jedenfalls gibt es einige Gemeinden, die diese Hausaufgabe nicht erfüllt haben und jetzt natürlich vor dem Problem stehen, jetzt haben wir die Privaten zugelassen, wir haben die Verantwortung an die Privaten abgeschoben, wobei ich mit privat wirklich privat meine und nicht Alternativkindergärten wie Montessori oder Pfarrkindergärten, das ist für mich wieder ein eigenes Thema. Die wir übrigens fördern als Gemeinde. Wir fördern als Gemeinde alle Kinder, die in so einen Alternativkindergarten gehen, die wir nicht anbieten können. Darum fördern wir sie dort auch. Aber, wir haben als Gemeinde auch 222 Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren derzeit, die wir zu betreuen haben und haben für diese Kinder 225 Betreuungseinrichtungen. Das sind 9 Kindergartengruppen, 1 Krabbelstube und eine ist in weiterer Planung bzw. in Ausarbeitung. D.h., wir können unsere Kinder alle unterbringen und die unbedingt eine andere Kindergartenform oder Betreuungsform besuchen wollen, kriegen natürlich einen Zuschuss. Aber unserer wird gratis. Und durch dieses Modell, was unsere Frau Landesrätin uns jetzt vorgestellt hat und das wir hoffentlich beschließen werden, bleibt der Gemeinde Seiersberg als Beispiel in etwa 100.000 Euro übrig. Jetzt

könnte ich hergehen und sagen, ja fein, da werden wir den Abgang, den die Gemeinde bei Kindergarteneinrichtungen sowieso hat, abdecken. Nein, das werden wir nicht tun. Wir werden genau das machen, was eigentlich im Landtag nicht umsetzbar ist, wir werden die Betreuungseinrichtungen für 0- bis 3-Jährige fördern bzw. auch gratis machen. (*Beifall bei der SPÖ – LTAbsg. Straßberger: „Du hast leicht reden in Seiersberg!“*) Ich hoffe, dass diesem Beispiel viele Gemeinden folgen werden und dass das ganze eine tolle Sanierungs- bzw. Bildungseinrichtung der Kinder sein wird. Danke (*Beifall bei der SPÖ – 12.32 Uhr*)

Präsident: Danke dem Herrn Abgeordneten. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort. Liebe Edith, ich erteile der Frau Abgeordneten das Wort.

LTAbsg. Mag. Zitz (12.32 Uhr): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste!

Ich bringe einen Abänderungsantrag ein, der Ihnen vorliegt. Die Intension ist, dass auch die 0- bis 3-Jährigen das Krippenangebot in Anspruch nehmen, dies unentgeltlich tun können. Bei diesem Abänderungsantrag geht es um eine Modifikation des § 6a Abs. 3 und des § 26a Abs. 5, Einl. 224/14.

Ich ersuche Sie um Annahme, insbesondere die sozialdemokratische Fraktion. Wie gesagt, bei diesem Abänderungsantrag geht es uns darum, dass diese Novelle erst im September 2009 in Kraft tritt. Das würde heißen, dass es auch ausreichend Vorbereitungszeit gibt.

Zweitens bringe ich einen vorher angekündigten und argumentierten Entschließungsantrag ein. „Bedarf statt proporzorientierter Kindergartenbaufonds“.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

1. beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in der Steiermark eine bessere Kooperation der Gemeinden anzustreben,
2. die Mittel des Kindergartenbaufonds ausschließlich bedarfsorientiert statt in Proporzmanier auf SPÖ und ÖVP auszuschütten, und
3. die Mittel des Kindergartenbaufonds in den Landesvoranschlägen 2009 und 2010 deutlich zu erhöhen.

Ich ersuche um Ihre Annahme. (*Beifall bei den Grünen – 12.34 Uhr*)

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten. Als Nächster ist der Abgeordnete Schleich zu Wort gemeldet, dem ich das Wort erteile.

LTAbsg. Schleich (12.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, man kann wohl wirklich sagen, es ist ein Feiertag und auch ein Meilenstein, denn nur wer weiß,

wie schwer sich junge Eltern tun den Kindergarten zu bezahlen und oft deshalb diese wichtige Bildungseinrichtung nicht benützen, weil sie es sich einfach nicht leisten können, der weiß, wie wichtig dieser Meilenstein ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich den heutigen Tag so Revue passieren lasse und die Reden, vor allem des Klubobmannes der ÖVP, ganz bewusst auf der Zunge zergehen lasse, dann muss man sagen, am liebsten würde die ÖVP sagen, warum ist diese Sitzung nicht nach der Nationalratswahl, dann könnten wir vielleicht doch Nein sagen. Denn so richtige Vorliebe zu dieser Zustimmung merkt man nicht. Das tut mir eigentlich leid und auch die Aussendungen. Ich glaube, wenn man sich etwas wünscht, dann muss man dafür sein und ich glaube, da tut sich die Sozialdemokratie nicht nur leicht, sondern es war immer unser Thema, Bildung. Das hat mit Kreisky begonnen wie die Schulbücher gratis waren. Das war damals ein Meilenstein. Wenn man heute anschaut wie es weiter geht, dass die Kindergärten von 3 bis 6 gratis sein werden, das ist auch ein Meilenstein und das ist sehr, sehr wichtig. *(Beifall bei der SPÖ)* Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich dann anschaut steiermarkweit, wie ist die Dichte und wie schaut es aus. Ich komme aus einem Bezirk, dem Bezirk Feldbach, der eigentlich, wenn man sich das dort anschaut und so ist es, leider die schlechteste Versorgung hat mit nur 74 % für 3- bis 6-Jährige, dann weiß man, was hier für ein Nachholbedarf ist. Ich rede jetzt nicht nur als Abgeordneter, sondern auch mit Herz und Seele als Bürgermeister, der ich fast Zweijahrzehnte sein darf. Ich kann Ihnen ein bisschen auch die Geschichte dann noch von unserem Kindergarten erzählen, denn wir hatten damals keinen und haben mit 11 Kindern begonnen. Aber, ich möchte ein bisschen zur Aussendung der ÖVP im Bezirk eingehen. Ich schätze die Burgi Beutl sehr, aber ich glaube, das war nicht unbedingt der Wunsch der Eltern was sie hören, denn verunsichern soll man nicht. Wenn dann noch der Wunsch auf der einen Seite, man weiß nicht was passiert. Alles was neu ist, fordert Herausforderung und auf das offen zuzugehen. Ich bin überzeugt, dass ist ein Thema, mit dem die Leute zufrieden sein werden und das ist sehr gut ausgeklügelt. Und Burgi, wenn ich mir das dann anschau was hier in der Kleinen Zeitung gestanden ist: „Die Finanzierung zu den Fahrten der Betreuungseinrichtung.“ Ich habe mir ein bisschen die Gemeinden angeschaut, meine umliegenden Gemeinden auch. Wenn ich schaue, Kapfenstein kriegt um 3000 Euro mehr, ich glaube, es ist eine ÖVP Gemeinde und 25 Euro müssen die Eltern zahlen fürs Hinfahren. Ich glaube, man soll mit den Bürgermeistern einmal reden. Aber es gibt auch ein Beispiel. Der Nachfolger vom Ober, der jetzt eine neue Einrichtung einrichten wird und der das mit Freude kundtut, die das positiv aufnehmen. Ich glaube, man muss sich intern auch ein bisschen unterhalten und dass man aus diesem hervorragenden Gesetz jetzt wirklich auch etwas macht. Ein bisschen erstaunlich ist es für mich, der Gnaser Bürgermeister, der Stangl, der ja auch in der Wirtschaft, im Wirtschaftsbund tätig ist, wenn man schaut, er hat die einzigen Sorgen, und das dürfte einer der aus der Wirtschaft ist, nicht haben, weil der müsste die Zahlen und Fakten seiner Gemeinde kennen. Er müsste wissen, wie viel junge Kinder hat er. Er hat gesagt, er weiß nicht wie viele zusätzliche Gruppen er brauchen wird und wie ist der Raumbedarf. Das kann nur der Bürgermeister

wissen. Wer soll es sonst wissen, weil, er hat die Daten in der Gemeinde. Und ich glaube, darüber kann man vorsorgen und kann man auch in die Zukunft gehen. Ich möchte auch noch ein Wort, weil immer Graz gesagt wird, die Privatkindergärten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Graz kriegt sehr viel Geld mehr, haben wir gehört. Ich glaube, da kann man die Überbrückung in Privatkindergärten ruhig jetzt wie einen Baufonds unterstützen und damit wird es kein Problem in Graz geben und man kann nachdenken, ob man in Zukunft weiter den Privaten entgegen geht oder selbst mehr Einrichtungen schafft. Ich glaube, es ist immer eine Sache, wie geht man etwas an. Aber eines muss man ganz klar sagen: Die Frau Landesrat hat den Mut gehabt, dieses Gesetz in schnellster Weise umzusetzen, weil wir wissen ja, dass sonst vielleicht nach der Wahl viele nicht mehr dafür sind, wie es in anderen Bereichen gegangen ist. Und das ist ein Entscheidungsfaktor, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*LTabg. Mag. Drexler: „Weißt Du was die Wahrheit ist? Wie die SPÖ mit Graz umgeht!“*) Ja, die Wahrheit ist, Herr Klubobmann ... (*LTabg. Mag. Drexler: „Euch ist Graz wurscht, das ist die Wahrheit!“*) Die Wahrheit ist, dass Ihr damit nicht umgehen könnt. Ich erzähle euch jetzt ein bisschen was aus dem Bezirk Feldbach. In Wirklichkeit, wo nur 74 % derzeit vorhanden sind, wissen wir natürlich ganz genau, wenn es gratis ist, werden das viele mehr in Anspruch nehmen. Auch in einem Bezirk, der nicht unbedingt der reichste ist. Die Eltern brauchen diese Einrichtungen und jetzt ganz genau zuhören. 1992 haben wir einen neuen Kindergarten gegründet mit 11 Kindern. Umgebaut haben wir 1994, weil wir gesehen haben, der Bedarf ist da. Eröffnung 1995.

Heute gibt es dort eine Kindergruppe als Kindergarten und eine Gruppe als Kinderhaus. Ein Ganztagskindergarten – seit 12 Jahren in einer sozialdemokratisch geführten Gemeinde. Mit Kindern aus 5 Gemeinden umliegend. Die Leute sind nicht nur zufrieden sondern wir haben das Problem, dass jetzt schon umliegend mehr Bedarf ist, weil die anderen zu wenig getan haben. Man muss das ganz nüchtern sehen. Das wird gebraucht, wir haben hier nicht Unmengen dazubezahlt, sondern wir haben uns das geleistet. Wir haben noch etwas gemacht. Wir haben jenen Kindern bei uns in der Gemeinde eine 50 %ige Beihilfe bezahlt, damit sie sich das leisten können. Ich glaube, das ist eine Bildungseinrichtung und das ist ein ganz entscheidender Faktor, dass man das auch umsetzt. Ich danke hier auch der Volkshilfe auf das allerherzlichste, denn sie betreut bei uns diese Kindergärten, die nicht nur hervorragend funktionieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern wirklich ein Aushängeschild sind. Jetzt soll mir einer sagen, warum soll das nicht möglich sein? Ich glaube möglich muss es sein, dass auch am Land draußen – wir sind in einem Tourismusbereich tätig – Bad Gleichenberg hat immerhin 200.000 Nächtigungen, wir haben selbst 40.000 Nächtigungen. Gerade im Tourismusbereich sind Leute gezwungen, flexibel Arbeit anzunehmen und ein ganz entscheidender Faktor ist, kann ich die Kinder im Kindergarten unterbringen, kann ich wirklich arbeiten gehen? Wir haben nicht nur ganztags sondern wir haben auch dahingehend reagiert, dass wir bei uns auch im Sommer eine Gruppe im Kindergarten geöffnet haben. Anders wäre es nicht möglich, weil welche Leute haben 2 Monate Urlaub? Hier muss man einmal ganz ehrlich sagen, liebe Freunde aus der ÖVP,

in diesem Bezirk kenne ich das Geschehen wirklich ein bisschen und wir haben das beste Einvernehmen auch mit den umliegenden Gemeinden. Sie zahlen zwar nichts dazu, das ist leider so, außer Trauttmansdorf, wo es die Kooperation mit der Krabbelstube gibt. Wir kooperieren dort. Das ist ein Regionext, ein Zukunftsprojekt, dafür sage ich das ist der richtige Weg, auch das die ÖVP hier einen Entschließungsantrag einbringt, weil man ganz klar sagen muss, wir müssen zusammenarbeiten. Jeder wird sich nicht eine Kindergruppe in den Kleingemeinden leisten können. Man muss hier kooperativ zusammenarbeiten und nicht die Politik sehen, sondern die Menschen, die Kinder und die Eltern. Dann wird das funktionieren. Deshalb glaube ich, ist das ein Meilenstein, ein Riesenprojekt in die Zukunft und ich darf an dieser Stelle und ich glaube, das ist auch ein Entscheidungsfaktor. Wenn der Landeshauptmann sofort ja sagt zu so einem Projekt und das war sofort als dies zu Gespräch war. Auch zu Bettina Vollath, er steht voll dahinter und wenn er auch mit seinen Mitteln helfen muss. (LTabg. Straßberger: „Was heißt mit seinen Mitteln?“) Dann soll man nicht auf der einen Seite sagen, man weiß nicht wie man es finanziert und auf der anderen Seite macht man ein Musterbeispiel in Gleisdorf von der ÖVP um in der Politik ein bisschen zu zündeln. Ich glaube man sollte einen Weg gehen. Die Kinder müssen uns am wichtigsten sein und die Kinder sind unsere Zukunft und ich glaube, mit diesem Meilenstein und diesem Beschluss heute habe wir diese Richtung eingeschlagen und gehen wir auch gemeinsam in diese Richtung. Herzlichen Dank an alle die hier mit stimmen – ein herzliches steirisches Glück Auf! (Beifall bei der SPÖ - 12.43 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Ein zweites Mal zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gödl. Bitte Herr Abgeordneter.

LTabg. Gödl (12.43 Uhr): Ja Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem die Zeit vorhin so kurz war, darf ich noch nachträglich einen Entschließungsantrag unserer Fraktion einbringen. Ganz kurz auf den Bürgermeister Breithuber replizieren. Erstens einmal, mit voller Hose ist leicht stinken heißt das im Volksmund und zweitens, diese 176 Euro in der Krabbelstube verlangen, war nicht unbedingt ein Sozialtarif in einer sozialdemokratischen Gemeinde. Es wird gut tun, diesen Tarif zu senken. Der Entschließungsantrag geht in die gleiche Richtung. Richtung Regionext und zwar wollen wir damit auf ein Problem hinweisen, dass sich jetzt vermehrt darstellt und zwar das nicht alle Gruppen gleich gefördert werden, sondern die erste Gruppe mehr gefördert wird als die weiteren Gruppen. Das hat eine historische Berechtigung, aber in Zeiten, wo wir eben versuchen in Kleinregionen zusammen zu arbeiten, sollten wir hier eine Gleichstellung erreichen und daher möchte ich namens unserer Fraktion den Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle zum Stmk. Kinderbetreuungsförderungsgesetz dahingehend auszuarbeiten, dass Gemeinden, die sich zu einer Kleinregion im Sinne von Regionext

zusammengeschlossen haben und gemeinsam nur eine Kinderbetreuungseinrichtung betreiben gegenüber einzelnen Gemeinden, die jeweils eine Kinderbetreuungseinrichtung betreiben, nicht mehr benachteiligt werden.

Dieser Antrag soll heißen, es ist widersinnig wenn jede Gemeinde selbst einen Kindergarten aufmacht, bekommen sie eine höhere Förderung wie wenn sie einen gemeinsam machen. Das ist ein Problem, das wir noch haben und da sollten wir noch sprechen, ob wir hier eine Verbesserung zustande bringen können. Gerade auch um dieses Projekt Regionext auch wirklich qualitativ zu stärken. Wir bitten in dieser Hinsicht um Annahme. *(Beifall bei der ÖVP – 12.45 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Da nunmehr keine Wortmeldung von den Damen und Herren Abgeordneten vorliegt ist nun das zuständige Regierungsmitglied, die Frau Landesrätin Dr. Vollath zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr!

Landesrätin Dr. Vollath *(12.45 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte KollegInnen, sehr geehrte Abgeordnete, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich freue mich heute. Ich stelle das so voraus und möchte deswegen damit beginnen Danke zu sagen. Danke zu sagen an alle die mitgewirkt haben, dass wir hier heute diesen Sonderlandtag zu diesem erfreulichen Thema abhalten können. Der Dank gilt meinem Büro. Der Dank gilt der zuständigen Fachabteilung in einem sehr, sehr hohen Maße, dass im Sommer hier wirklich alle an einem Strang gezogen haben und vorbereitet und gearbeitet haben. Mein Dank geht an alle im Landtag Steiermark vertretenen Parteien, an die Klubs. Mein Dank gilt einfach allen die dazu beigetragen haben, dass dieses große Projekt in der Steiermark heute in Gesetzesform gegossen werden kann. Der Herr Abgeordnete Gödl hat von einem Monsterprojekt gesprochen. Ich würde es lieber Pionierprojekt nennen, wenn man auf Restösterreich schaut. Mir gefällt auch der Ausdruck Meilenstein sehr gut, der heute mehrfach gefallen ist. Meilenstein deswegen, weil auch ich der Ansicht bin, dass der Weg zu einer wirklich familienfreundlichen Gesellschaft, der Weg zu einer Gesellschaft, wo die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im täglichen Leben wirklich gelebt hat, ein Weg ist, der noch viele, viele Meilen lang ist. Deswegen gefällt mir das Wort Meilenstein auf diesem Weg zu einer solchen Gesellschaft sehr gut. Ich habe von Anfang an gesagt, dass uns dieses Projekt natürlich allein auf Grund seiner Größenordnung vor große Herausforderungen stellt, aber es wurde gut vorbereitet und all jene, die in ihrer Verantwortung ihre Aufgabe ernst nehmen, die wissen, dass diese Vorbereitung gut gelungen ist. Wenn jetzt heute gesagt wird, diese Broschüre war voreilig, so sage ich, sie ist Teil dieser guten Vorbereitung, sie wird natürlich erst nach Beschlussfassung ausgeschickt werden, aber Herr Kollege, Herr Klubobmann, ich habe mich auf die Handschlagqualität der ÖVP aus dem Unterausschuss verlassen und wenn ich das in Zukunft nicht mehr darf, dann müssen sie uns das sagen und dann werden wir unsere entsprechenden Schlüsse daraus ziehen. *(Beifall bei der SPÖ)* Wir

haben heute etliche Beispiele gehört aus einzelnen Gemeinden aus der Steiermark, auch mit Zahlen, die ganz deutlich zeigen, dort wo Verantwortliche ihre Aufgabe ernst nehmen, ist die Umsetzung dieses Projektes Gratiskindergarten bereits auf guter Schiene. Wir haben Zahlen gehört die zeigen, dass in vielen Gemeinden und ich möchte noch einmal erinnern, dass ja auch Gemeinde- und Städtebund diese Gesetzeswerdung mittragen, ja? Das in vielen Gemeinden in Zukunft mehr Mittel seitens des Landes für den Bereich Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. In Gleisdorf knapp 70.000 Euro. In Ihrer Gemeinde, Herr Abgeordneter Gödl knapp 10.000 Euro, und so ist es in fast allen Gemeinden in der Steiermark, die bisher Kinderbetreuung angeboten haben, dass mehr Mittel als bisher zur Verfügung stehen. Je nach Gemeinde ist jetzt mit diesen Mitteln unterschiedlich zu verfahren. Dort, wo in der Vergangenheit gut gearbeitet wurde und wo schon ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen, dort sind die Mittel da um, pädagogisch, so wie der Abgeordnete Gruber in seiner Gemeinde, pädagogisch weitere tolle Maßnahmen für die Kinder in der Gemeinde zu veranlassen. Dort, wo in der Vergangenheit zu lange gezögert wurde und das Thema Familie, Kinderbetreuung, Vereinbarkeit Beruf und Familie nicht ernst genug genommen wurde, dort wo heute noch immer die Nachfrage nicht gedeckt ist und da gibt es Regionen in der Steiermark und wir wissen alle, wo die sind, dort können diese zusätzlichen Mittel dazu verwendet werden diesen Nachholbedarf abzudecken.

Was ich da auch noch erwähnen möchte, dass natürlich dieses neue Fördersystem auch für, z.B. eine Ausweitung auf einen Ganztageskindergarten, das zukünftig für die Gemeinden leichter macht, weil ja auch diese Beförderung erhöht wird, was die Ganztagesgruppen betrifft, sogar mehr als verdoppelt. Und das wird den Gemeinden helfen. Ein Teil von der angeblich schlechten Vorbereitung durch mein Ressort ist immer wieder darauf hingekommen, dass man ja mit dem Bund hätte verhandeln müssen wegen Mittel für diesen Gratiskindergarten. Ich darf hier, keine Sorge, nur zwei Absätze aus einem längeren Brief vorlesen, die der Vizekanzler und Finanzminister Mag. Molterer an mich gerichtet hat, wie ich diese Verhandlungen aufnehmen wollte. Und wenn man jetzt auch noch im Ohr hat, was es jetzt in Hinblick auf Wahlkampf für Äußerungen von ein und demselben Vizekanzler gibt, dann erscheint das noch einmal in einem sehr eigentümlichen Licht. Zwei kurze Absätze. Er führt an, dass ja die Länder durch die 15a Vereinbarung ohnehin zusätzliche Mittel vom Bund jetzt für diesen Bereich der Kinderbetreuung bekommen und setzt fort: „Eine weitere Übernahme bzw. Mitfinanzierung von Länderaufgaben und insbesondere der Kinderbetreuungs- und Vorschulmaßnahmen erscheint durch den Bund nicht gerechtfertigt. Seitens des Bundes wird daher davon ausgegangen, dass die wichtige Aufgabe der Finanzierung der Kinderbetreuungs- und Vorschulmaßnahmen eine Angelegenheit ist, die ausschließlich von den Ländern zu entscheiden und zu finanzieren ist. Vor diesem Hintergrund scheint es erstaunlich, dass hier jetzt auf Bundesebene Forderungen aufgestellt werden, weil wir kennen alle diesen Spruch: Wer anschafft, soll auch zahlen. Dieser Brief ist von Ende Juli, also hochaktuell. (LTAbg. Mag. Drexler: „Verhandeln heißt nicht

vorher einen Brief schreiben!“) Ich möchte natürlich auch auf die Privatkindergärten eingehen. Was mir ganz ganz wichtig ist. Dem Land Steiermark ist es ein ganz großes Anliegen, alle Kindergartenerhalter, die Gemeinden und die Privaten, gleich zu behandeln. Das ist auch ein Auftrag, wenn man an unsere Bundesverfassung denkt. Es gibt den Gleichheitsgrundsatz, das ist eines der Gebote die man beachten muss, wenn man Gesetzesnovellierungen durchführt. Es geht um diese Gleichbehandlung aller Kindergartenerhalter. Das hat aber zur Folge, dass wir diesen Vorschlag natürlich, wenn wir die Bedingung haben, dass das Land dann eine erhöhte Förderung an Erhalter ausbezahlt, wenn kein Elternbeitrag eingehoben wird, dann kann ich nicht diese Novellierung von vornherein gleich so desavouieren, dass ich sage, okay, aber dort wo ein Erhalter weiter Elternbeiträge einhebt, dort zahle ich halt diese Erhöhung direkt an die Eltern aus. Das wird jeder verstehen, das geht einfach nicht. Aber, der Kollege Drexler hat das ja gleich in einem Atemzug dann weiter ausgeführt. Dass wir hier hauptsächlich von der Stadt Graz reden und um einzelne Privatkindergärten in der Stadt Graz. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Aber nicht nur!“*) Und wir wissen, dass die Stadt Graz durch dieses Modell knapp 3 Millionen mehr Beweglichkeit im Budget hat und die Stadt Graz und hier habe ich sehr wohl mit dem zuständigen Stadtrat gesprochen. Ich habe auch mit dieser Initiative Elternplattform, wo ja heute Vertreter auch anwesend sind, gesprochen. Es ist ganz klar Verantwortung der Kommune, ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Es gibt mit diesem angeblich nicht durchdachten Modell ja auch eine Möglichkeit dem gut zu begegnen. Es kann jeder Kindergartenerhalter im alten Fördermodell drinnen bleiben. Darf damit weiter Elternbeiträge einheben und die Kommune, die eine Vielfalt sicherstellen möchte im Bereich der Kinderbetreuung, hat die Möglichkeit, über Objektförderung diese private Einrichtung so zu unterstützen, dass die Elternbeiträge in einer angemessenen Form ausfallen können. Ja, wir haben ein Paket geschnürt das den Gemeinden hilft dieser Aufgabe in Zukunft besser noch als bisher nachzukommen. Was in anderen Ländern, z.B. in Frankreich seit vielen, vielen Jahren Realität ist, wird heute in der Steiermark als erstes Bundesland in ganz Österreich – das möchte auch noch einmal betonen – umgesetzt. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Aber Niederösterreich tun wir nicht vergessen!“ – LTAbg. Kröpfl: „Die ÖVP hat nichts getan in der Stadt. Wir räumen jetzt auf!“ – Präsidentin Gross: „Warum könnt Ihr nicht einfach stolz darauf sein?“*) Und darüber kann ich mich nur freuen. (*Beifall bei der SPÖ*) Ich bin der festen Überzeugung, dass durch ein gemeinsames Zusammenarbeiten wie in dieser Frage und deswegen gilt ja mein Dank allen Parteien im Landtag Steiermark, wir den Menschen zeigen können, dass in einer Zeit, wo der Politikfrust immer größer wird, können wir den Menschen zeigen, sobald wir konstruktiv zusammenarbeiten sind wir, die von der Politik, dazu in der Lage, den Menschen rasch, unkompliziert und vor allem spürbar in einer Zeit zu helfen, wo die Teuerung so rasch voranschreitet und gerade den Familien in unserem Land spürbar helfen können, die hier Unterstützung brauchen. (*Beifall bei der SPÖ*) Ja, und so wie es bei diesem freien Zugang zur Bildung um Chancengerechtigkeit, um Chancengleichheit für unsere Kinder geht, geht es mir als zuständige

Landesrätin aber auch um die Chancengleichheit für Gemeinden. Und da kann ich es mir nicht ersparen, noch einmal kurz auf die drei Modellregionen die ja, und das möchte ich ganz klar deponieren, die geplant waren. Die gibt es nicht schon, wie jetzt immer kolportiert wird, die hätten jetzt im Herbst starten sollen. Und das hätte zu einer Zweiklassengesellschaft in der Steiermark geführt. Das hat es auch gegolten zu vermeiden. Und was für mich schon spannend bleibt, weil es ja heißt, mein Modell ist schlecht durchgedacht und die Pilotregionen, das war so toll vorbereitet. Ich bin sehr neugierig, in welches System diese 19 Gemeinden, die in diesen 3 Modellregionen sind, optieren werden. Bleiben sie beim Schützenhöfer Modell oder optieren sie in das Modell Gratiskindergarten, das wir heute beschließen. *(Beifall bei der SPÖ)* Und um das noch ein bisschen näher zu erläutern was diese Zweiklassengesellschaft ausgemacht hätte*(LTAbg. Mag. Drexler: „Das ist unglaublich!“)* Herr Klubobmann, ich würde an Ihrer Stelle jetzt nicht so laut rufen, sondern zuhören, denn es kommt auch in Ihren eigenen Reihen nicht gut an, zumindest bei jenen ÖVP Gemeindeverantwortlichen, die wirklich sachlich orientiert für ihre Gemeindebürger was weiterbringen wollen. Ich war vor kurzem im Bezirk Weiz unterwegs und habe bei einer Geburtstagsfeier den Herrn Herbert Pregartner getroffen. Ich nehme an, Sie werden ihn kennen. Er ist Bürgermeister in St. Ruprecht an der Raab und ist ein ÖVP Bürgermeister. Und dieser Bürgermeister ist, ich könnte fast sagen, auf mich zugestürmt, *(LTAbg. Mag. Drexler: „Unverständener Zwischenruf!“ – Unruhe bei der ÖVP)* wie er mich gesehen hat, und hat sich bei mir für den Gratiskindergarten bedankt. Und zwar, ich kann es Ihnen sagen, überschwänglich bedankt. *(LTAbg. Straßberger: „Nein, nein, nein!“)* Weil er hat nämlich gesagt, was für eine Idiotie ich hätte, wenn diese Modellregionen Wirklichkeit geworden wären, wäre er an der Grenze gelegen. An der Grenze innerhalb der Steiermark, aber an einer Grenze. An einer Grenze, wo diesseits der Grenze Familien nichts für den Kindergarten zahlen und jenseits der Grenze, Familien sehr wohl dafür bezahlen. *(Unruhe bei der ÖVP)* Und er hat mir erzählt von vielen empörten Meldungen aus seiner Gemeinde, warum ... *(Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist die Frau Landesrätin. Ich bitte.“)* Lieber Herr Klubobmann, *(LTAbg. Mag. Drexler: „Wie ist das mit der neuen Mittelschule?“)* Sie wollten beim Gratiskindergarten riesige weiße Flecken in der Steiermark verursachen. Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass die gesamte Steiermark hier gleich behandelt wird. *(Präsidentin Gross: „Jetzt gilt es für alle!“ -Beifall bei der SPÖ)* Und ich möchte nicht umhin, dass ich ganz zum Schluss noch einmal sage, trotz aller Unkenrufe die ja auch über die Medien uns ausgerichtet wurden, vornehmlich von Seiten der ÖVP, danke, *(LHSTv. Dr. Flecker: „Warum seit Ihr jetzt so nervös?“)* dass wir dieses Zeichen gemeinsam gesetzt haben und danke, *(Präsident: „Meine Damen und Herren, die Frau Landesrätin hat den Abgeordneten allen aktiv zugehört. Ich ersuche das auch umgekehrt. Sie ist nämlich am Wort. Bitte, Frau Landesrätin!“)* Es liegt auf der Hand, dass bei einem Projekt dieser Größenordnung es nicht geht, alle vorbehaltlos auf diesen Weg mitzunehmen. Aber wenn ich an die Eltern denke, an diese Familien die ab diesem Herbst diese Entlastung Monat für Monat spüren, dann halte ich das locker aus, dass manche von Ihnen nicht

aufhören können. Nicht aufhören können Worte wie „Chaos, Schnellschuss, überhastet, unvorbereitet“ in den Mund zu nehmen. Ich weiß, wir hätten heute in dieser Sitzung im Landtag Steiermark, in dieser Sondersitzung, noch viel mehr Beispiele bringen können um zu beweisen, dass die Umsetzung reibungslos funktionieren kann. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Wenn Sie drei Monate vorher die Vorlage gemacht hätten, hätten wir schon vor dem Sommer beschließen können!“*) Wenn die Verantwortlichen guten Willens an die Sache herangehen. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Brauchen wir bei jedem Gesetz einen Sonderlandtag?“*) Aber Ihnen wird dieses angebliche Chaos nicht abzugewöhnen sein und der Schnellschuss wird immer so unvorbereitet sein, (*LTAvg. Mag. Drexler: „Wir hätten schon 2006 beschließen können!“*) wie er in Ihrer Gedankenwelt existent ist. (*Beifall bei der SPÖ*) Ich freue mich heute mit den steirischen Familien und freue mich, dass trotz aller Rhetorik, die heute hier gewetzt wurde, diese Beschlussfassung jetzt stattfinden kann und darf noch einmal allen Beteiligten ganz, ganz herzlich danken. Danke! (*Beifall bei der SPÖ – 13.01 Uhr*)

Präsident: Meine Damen und Herren, als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder. Ich erteile es ihr.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (13.02 Uhr):

Die Frau Kollegin Vollath hat es angesprochen, der Landtag, obwohl er nur einem Thema gewidmet ist, dauert schon relativ lang. Aber auch die Entstehungsgeschichte des heutigen einstimmigen Beschlusses ist eine lange. Dass die Welt und die Familie sich in den letzten Jahrzehnten rasant geändert hat ist, glaube ich, unwidersprochen und dass wir natürlich alle gemeinsam, und das ist ja auch ein einstimmiger Beschluss, uns überlegt haben, wie wir auf diese Veränderungen reagieren, steht, glaube ich, zweifelsfrei fest. Ich habe mich aber gemeldet, weil es mir trotz allem auch wichtig ist ein paar Punkte, die Frau Kollegin Vollath angesprochen hat, noch einmal zu replizieren. Eine Broschüre auf die Handschlagsqualität einer Partei hin zu produzieren kann sich nur die SPÖ mit ihrem Regierungspartner erlauben, umgekehrt wäre das wohl nicht möglich. (*Beifall bei der ÖVP*) Aber es ist eine Frage, (*LTAvg. Kröppf: „Haben wir bei der S-Bahn auch gemacht. Da war schon alles gedruckt worden!“* – *LTAvg. Prutsch: „Das ist sehr traurig!“*) aber es ist eine Frage der Rechtschaffenheit, einen Landtagsbeschluss auch als Regierungsmitglied ernst zu nehmen und ihn dementsprechend zu würdigen. In diesen Tagen habe ich es eigentlich nur von einem großen Medium erlebt, dass sie schon Ergebnisse am Abend präsentiert haben, die erst ein paar Stunden später eingetreten sind oder nicht. Aber nichts desto trotz wird der Beschluss stattfinden und die Vorbereitung eines Prospektes ist gut gelungen. Zur Frage eines Pilotversuches und ich habe ja schon erwähnt und alles hat sich darum gedreht, wie lange die Diskussion mit unterschiedlichen Vorzeichen, auch mit meinen Meldungen, die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler hat das vollkommen richtig zitiert, gedauert hat. Ich möchte nur dazusagen, auch von meiner Seite gab es halt unter anderem

andere Vorschläge, Kinderbetreuung besser und auch günstiger zu gestalten, aber das ist Vergangenheit und das ist Geschichte. Es wäre ja kein einstimmiger Beschluss, wenn sich alle Landtagsparteien nicht auch dazu bekennen. Die Frage ist allerdings - und auf das möchte dann schon replizieren - ist wie sich die ganze Dynamik entwickelt hat, denn Kollegin Vollath ist seit Oktober 2005 Kindergartenlandesrätin, davor waren es übrigens auch ihre Parteikollegen, die sich um das Thema eben nicht so angenommen haben. Die Frage ob ein Antrag nicht gereicht hat, deshalb nicht gereicht hat, weil er nicht die Mehrheit im Landtag gefunden hat wenigstens ein gratis Kindergartenjahr einzuführen, hat halt Hermann Schützenhöfer dazu bewogen noch einen Anlauf zu starten und einen Vorstoß zu wagen, um ein Pilotmodell zu erarbeiten. Pilotmodell sage ich deshalb, denn es gibt auch hier ein interessantes Detail, dieses Pilotprojekt hätte unter Einbindung des österreichischen Institutes für Familienforschung stattfinden sollen. Im Übrigen ein Beschluss, den die SPÖ in der Regierung nicht mittragen konnte oder wollte und es quasi unter Nichtabstimmung gesehen hat um ganz konkret Ergebnisse zu erzielen, zu evaluieren und auch nachzuschauen, was passiert eigentlich in dem ganzen Gefüge von Familie und Betreuung, wenn der Kindergarten gratis wird. Parallel dazu hätte es sehr wohl auch Erarbeitungen geben können, wie wir uns über einige Monate und damit aber auch mit einigen Sicherheiten vorbereiten können, um im Herbst 2009 zum Beispiel ein Kindergartenjahr zu machen. Eines muss uns schon klar sein, der Gratiskindergarten hat ja Eltern im wahrsten Sinne überrascht, denn er kommt zu einer Zeit wo sie in den meisten Fällen gar keine Möglichkeit mehr haben einen Kindergartenplatz zu suchen bzw. wenn sie ihn jetzt suchen auch aktuell zu bekommen, denn wenn ich eine Diskussion im Juni anfangen, also die Eltern die im Juni noch keinen Kindergartenplatz haben sind arm dran. (*LTabg. Schleich: „Gute Bürgermeister haben die Eltern angeschrieben!“*) Na, aber nicht alle, also im Juni (*LTabg. Schleich: „Gute!“*) nein noch einmal, einen Gratiskindergarten in der Steiermark einzuführen kann in Wahrheit im Juni nur mehr denen zu Gute kommen (*Präsidentin Gross: „Er hat gesagt die Guten!“*) die schon eine Anmeldung gemacht haben. Alles andere sind maximal Restplätze und wir haben ja gehört, dass bestätigen ja alle, wir werden einen weiteren Ausbau brauchen. Aber auch der ist nicht in zwei Monaten abzuwickeln und durchzuführen. Dementsprechend wäre es vielleicht und ich möchte da – ich glaube die Frau Abgeordnete Zitz hat es gesagt – schon auch einhaken und die Frage stellen, ob wir jetzt mit diesem Beschluss auch daneben eine Evaluierung mit einzelnen Effekten festmachen können, damit wir auch vorbereitet sind wie das ganze Werk sich, sozusagen, weiterentwickeln sollte und weiterentwickeln könnte. Einfach zu sagen, so da habt ihr es jetzt, wird ein bisschen wenig sein. Es wird auch die Möglichkeit geben müssen, einige Ergebnisse oder Erfahrungen festzumachen. Zur Frage von Pilotprojekten darf ich nur ein Beispiel nennen über das wir sogar diskutiert haben, Du hast einen Beitrag eingebracht für Betriebskindergärten, auch dort ist eine limitierte Anzahl von – und da war genau die gleiche Frage – was ist den, wenn nicht der dreißigste sondern der einunddreißigste Betrieb kommt, ist das überhaupt rechtlich gedeckt? Ich habe eine Nachricht bekommen von der

Landesamtsdirektion, das ist durchaus üblich, dass es rechtlich gedeckt ist, es sind ja nur Anschubfinanzierungen und Pilotmodelle. Dritter Punkt, meine Pressekonferenz zur ungunstigen Zeit, am Tag eines Kindergartengipfels. Auch das kann ich sehr gut begründen. Ein Kindergartengipfel war notwendig geworden, weil und sie sind bis heute nicht restlos bereinigt, es Unklarheiten gegeben hat. Ist ja nichts dazu zu sagen, nur am Vortag zu sagen, wir machen einen Kindergartengipfel, wo man dann im übrigen nicht über die Unklarheiten reden sondern gleich über eine Gratisbetreuung der 0- bis 3-Jährigen, weil das machen wir gleich mit und in einem Aufwaschen und tun wir, das halte ich wohl für etwas übertrieben aber ist anscheinend dann in Wahlkampfzeiten schon einer Dynamik gewichen. Das sind auch die Punkte. Zum Thema, wir haben uns heute entschlossen oder werden uns entschließen, den Kindern müssen wir das Beste geben. (*Präsident: „Meine Damen und Herren, jetzt zum Beispiel ist die Frau Landesrätin am Wort. Ich bitte wirklich um Aufmerksamkeit, es ist die letzte Wortmeldung zum heutigen Tagesordnungspunkt!“*) Das ist aktives Zuhören, Herr Präsident, gell – aktives Zuhören! (*LTAvg. Kaufmann: „Immer alles schlecht machen, Das ist grauslich!“*) Es wird also mehr Geld geben für die Kindergärten. Punkt 1 ist einmal, ich darf Ihnen sagen, es ist eigentlich den Menschen ziemlich egal ob die Gemeinde, das Land oder der Bund das Geld ausgibt. Weil es kommt nämlich immer vom gleichen Zahler oder der Zahlerin und das ist der Steuerzahler.

D.h., wenn es mehr Geld gibt, dann heißt das nur, dass wir a) mehr Geld von diesen Menschen einnehmen müssen oder b) etwas anderes mit weniger Geld auskommen muss. Das ist in Ordnung, (*LTAvg. Kaufmann: „Das sagt Sie als Frau!“*) nur das ist ein Fakt und das sollte man dazusagen. Und man sollte überhaupt in Zeiten wie diesen vielleicht einmal sagen, dass Geld nicht in einer ungewissen Art und Weise vermehrbar ist. Es sei denn, wir nehmen es anderen weg. Und das ist ein Punkt, den ich einfach auch als eine Referentin, die jetzt gerade nicht oder eben nicht für Ressorts zuständig ist, wo man jedem Einzelnen sagen kann, mein Gott, ich gebe Dir etwas in die Hand. Wir waren am Wochenende unterwegs, der Herr Präsident hat es gesehen, auf der S35. Ich frage mich nur, wie Infrastruktur, wie Gemeinschaftsinvestitionen auch weiterhin noch möglich werden, wenn wir uns in den nächsten Monaten überbieten werden in allen möglichen Projekten und Ideen. Es sind ja heute einige angeklungen. Der Gratisbetreuung der 0- bis 3-Jährigen. Ich stelle ganz provokant die Frage, was ist mit den Pflichtschulkindern am Nachmittag? (*LHSTv. Dr. Flecker: „Also steht Ihr nicht dazu!“*)

Entschuldigung, nur weil man eine Gruppe gut versorgt hat, darf man nicht vergessen, dass es eine ganz große Gruppe auch anderer gibt, die auch noch Anforderungen, Anliegen und Wünsche haben. Und ich frage mich nur, lieber Detlef Gruber, Du weißt ich schätze das und ich bin überzeugt, dass in Retznei die musikalische Früherziehung großartig laufen wird, aber dann frage ich Dich, wird dieses Geld das den Gemeinden soviel mehr zugute kommt, in Eisenerz, Fohnsdorf, Köflach, Trieben und Pölfing-Brunn auch für den Kindergarten eingesetzt werden, oder wie wird es dort passieren? (*LTAvg. Detlef Gruber: „Bitte ja. In den Sozialdemokratischen Gemeinden ja!“*) Hier im Steiermärkischen

Landtag erwarte ich mir einfach, dass das Ganze und das Gesamthafte auch noch gesehen wird und wir werden noch heuer hoffentlich einen Budgetlandtag abhalten und ich hoffe, dass wir uns überhaupt diesen Landtag noch leisten können. *(Beifall bei der ÖVP – 13.12 Uhr)*

Präsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht mehr vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung und sage dazu, wir werden jetzt 10 Abstimmungen durchzuführen haben. Eine davon ist punktuell abzustimmen. Ich ersuche daher die Damen und Herren Abgeordneten um höchste Konzentration, dass wir diese Abstimmungen ohne Diskussion und Wiederholungen durchführen können. Meine Damen und Herren, ich verstehe diese Unruhe nicht. Meine Damen und Herren.

Ich ersuche die Damen und Herren die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Hier stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den Abänderungsantrag der ÖVP hinsichtlich § 6a Abs. 7, § 15 Abs. 2 und § 16 Abs. 1 und 2 zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen hinsichtlich § 6a Abs. 3 und § 26a Abs. 5 zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 2 ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend „Entfall der Kostenbeiträge für Eltern von Kindern in heilpädagogischen Kindergärten“ zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend „Gratiskinderkarten für 0- bis 3-jährige“ zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend „Novellierung Stmk. Kinderbetreuungsförderungsgesetz „ zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend „Kindergartenabgabe für Mittel- und Großbetriebe“ zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Und jetzt kommen wir zur punktuellen Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend „Kostenlose Kinderbetreuung auch für Kinder in den ersten drei Lebensjahren“ zu TOP 2 und jetzt kommt die punktuelle Abstimmung. Ich werde die Punkte verlesen, weil sie im Antrag nicht aufgegliedert sind.

Punkt 1: Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der obigen Begründung raschest möglich eine Novellierung des Kinderbetreuungsförderungsgesetzes vorzulegen, das die kostenfreie Betreuung auch für Kinder in den ersten 3 Lebensjahren vorsieht, also wie ursprünglich geplant, Kinderkrippen, die das neue Förderungsmodell einbindet und dieses als Regierungsvorlage dem Landtag Steiermark zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wer diesem Punkt beim Entschließungsantrag der KPÖ zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 2: Die Landesregierung wird aufgefordert mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, um die kolportierte Bereitschaft des Bundes zur Finanzierung des letzten Kindergartenjahres für die Betreuung der unter 3-jährigen zu sichern.

Wer diesem Punkt zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Gegenprobe.

Bei diesem Punkt stelle ich einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend „Bedarfs- statt proporzorientierter Kindergartenbaufonds“ zu TOP 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Hier stelle ich ebenfalls einstimmige Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die Einladung zur nächsten Sitzung des Landtages Steiermark erfolgt auf schriftlichem, d.h. elektronischem Weg. Ich schließe die Sondersitzung des heutigen Tages und wünsche eine gute Heimfahrt.

Ende der Sitzung: 13.18 Uhr